

# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 5/2018



Recht: Erneute Antragstellung  
Kafka und der Prager Frühling  
Die „Tarantel“

## Inhalt

### Aktuell

- 3 Preisverleihung  
Recht und Gerechtigkeit  
Selbsthilfegruppe für Doping-Opfer  
Sachsen zieht nach  
Opferverbände abgelehnt

### Recht

- 4 Erneute Antragstellung

### Datenschutz

- 5 Datenschutz und Informationspflicht  
Interviewpartner/innen gesucht!

### Prager Frühling

- 6 Franz Kafka und der Prager Frühling

### Dokumentiert

- 7 Verlust der Identität

### Geschichte

- 10 Die „Tarantel“

### Berichte

- 11 Besucheransturm zur Museumsnacht  
Begegnungstreffen in Hoheneck
- 12 Häftlinge im GULag und die Literatur
- 13 Erinnerung am Ort des Schreckens
- 14 Petition  
Innerfamiliäres Schweigen

### Verbände

- 15 Forderungen zum 17. Juni  
Suchanzeige  
Ankündigung  
Ausstellung  
Lesung
- 16 Leserbrief  
Abschied

### Service/Bücher

- 17 Berliner Blockade
- 18 Die Normalität des Absurden
- 19 Kolyma

### Service/Veranstaltungen

- 18–19

### Umschlagbild

Am 29. Mai wurde die litauische Sonderausstellung „Wolfskinder: Auf dem Brotweg von Ostpreußen nach Litauen 1945-1948“ im Stasimuseum Berlin eröffnet. Seit dem 26. Juni ist die Schau im Foyer des Brandenburger Landtags (noch bis zum 27. September) zu sehen.

Foto: N. Radlitz

## Editorial

# Politischer Offenbarungseid

Von Horst Schüler

Wenn man Kommentare schreibt, dann ist man stets der Kritik ausgesetzt, zustimmender und ablehnender Art. Letztlich riet mir eine Leserin aus Hürth, die Schreibhand ruhen zu lassen. Dagegen wünschte ein Dresdner Leser, ich möge dem STACHELDRAHT als Kolumnist noch lange erhalten bleiben. Gott sei es gedankt, daß die positiven Kritiker weit in Überzahl stehen, was mich ermutigt, dort zu bleiben, wo der Zorn über das Versagen unserer Regierung immer krasser wird. Sollte aber jemand die Kompetenz dieses Blattes anzweifeln, sich zur „großen Politik“ zu äußern, sei dem gesagt, daß es das Organ ehemaliger politischer Häftlinge ist. Sie haben mehr als andere das Recht, sich dort zu melden, wo sie die Rechtsstaatlichkeit in Gefahr sehen.

Daß hierzulande Politikverdrossenheit herrscht, ist eine Binsenwahrheit. An ihrer Spitze steht die Bundeskanzlerin. Sie hat geschworen, ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen. Ob sie diesem Eid gerecht wird, darf bezweifelt werden. Ich will der Frau Merkel ja gern zugestehen, daß sie im Zuge der Globalisierung unserer Welt oft zu ringen hat zwischen Entscheidungen, die für Europa gut sind, weniger jedoch für Deutschland. Doch da bin ich mir beinahe gewiß, daß sie im Zweifelsfall Europa den Zuschlag gibt. Die wachsende Zahl von Abgaben nationaler Kompetenzen hält sie offensichtlich für notwendig, denn wie sagte sie doch in einem Gespräch mit Anne Will: Europäisches Recht hat den Vorrang vor deutschem Recht. Und so kommt es eben, daß wir endlos diskutieren über „Ankerplätze“, Familiennachzug, abgelehnte Asylsuchende, die unsere Gerichte in jahrelang dauernde Prozesse stürzen, über Polizeieinsätze in Lagern, über Kopftücher, Terroristen, Obergrenzen, Migration, Menschenwürde und Kriminalität. Derweil beobachten wir, wie andere Staaten der Europa-Union sich anders verhalten. Schweden, Polen, Ungarn, Italien, Österreich, Dänemark – um nur einige zu nennen – nehmen längst keine Flüchtlinge mehr auf. Unsere Regierung jedoch setzt ungerührt weiter auf eine seit Jahren nicht befolgte Einigung über die Flüchtlings-Aufnahmezahl aller EU-Staaten.

Halten wir also fest: Als Bundeskanzlerin trägt Frau Merkel Verantwortung für die unkontrollierte Duldung ungezählter

Flüchtlinge und Asylsuchender. Sie ist verantwortlich für die ungenügende Abschiebep Praxis. Für das Chaos im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, kurz BAMF genannt. Zu letzterem wird sogar der Verdacht geäußert, daß dort Schnelligkeit vor Gründlichkeit gefördert wurde, um Frau Merkel im vergangenen Jahr den Wahlsieg zu sichern. Das alles soll in einem Untersuchungsausschuß des Bundestages geklärt werden, gegen den sich jedoch die Fraktionen der Grünen und der Linken wenden, u. a. deshalb, weil er auch von der AfD gefordert wird. So jedenfalls der Stand, als dieser Artikel Mitte Juni geschrieben wurde. Um aber zu belegen, daß hier im STACHELDRAHT der Schüler sich nicht als einsamer Querulant äußert, zitiere ich für die vielen gleichen Kritiker der Kanzlerin den Herausgeber der WELT, Stefan Aust. Und das ist nun weiß der Himmel kein Medien-Heißsporn, keiner, der seinen Emotionen freien Lauf läßt. Der vielfach ausgezeichnete Aust also setzte sich in seiner Zeitung für einen Untersuchungsausschuß unter der Überschrift „Bundesamt für Murks und Führungsschwäche“ so ein: „Das humanitär verbrämte Nichtstun der Kanzlerin, spätestens seit 2015, geschmückt mit einem freundlichen Gesicht und der optimistischen Phrase WIR SCHAFFEN DAS ist nichts anderes als ein politischer Offenbarungseid.“ Und weiter: „Das Ergebnis eines BAMF-Untersuchungsausschusses, wenn er denn nicht noch von den Realitätsverleugnern im Parlament verhindert wird, dürfte die bittere Erkenntnis sein, daß der Amtseid der Bundeskanzlerin, Schaden vom Deutschen Volk abzuwenden im Rausch der grenzenlosen Barmherzigkeit zur bloßen Floskel verkommen ist.“

Ach ja, neben dem Chaos in der Flüchtlingskrise gibt es auch noch die Ausbeutung Deutschlands durch die Politik der Europäischen Zentralbank, kurz: EZB. Ursprünglich gab es da mal die sogenannte No-bailout-Regel, wonach jeder EU-Staat für seine Schulden selbst verantwortlich sein sollte. Ist von der EZB längst außer Kraft gesetzt worden, vor allem zu Lasten Deutschlands. Auch das duldet unsere Regierung. Professor Hans-Werner Sinn, einer der renommiertesten deutschen Ökonomen, wurde in einem Interview gefragt, ob die Bundeskanzlerin damit nicht auch ihren Amtseid verletze. Sinns knappe Antwort: JA.

## Preisverleihung

(bsta) Am 15. Juni 2018 wurde die Berliner Beratungsstelle „Gegenwind“ mit dem Hauptpreis des Karl-Wilhelm-Fricke-Preises der Bundesstiftung Aufarbeitung ausgezeichnet. „Gegenwind“ ist als bundesweit einzige Einrichtung auf die Arbeit mit politisch Traumatisierten der SED-Diktatur spezialisiert. Der Sonderpreis ging an „Posledny Adres“ (Die letzte Adresse) aus Rußland. Seit 2014 markiert die Initiative die letzten Wohnstätten von Opfern des stalinistischen Terrors in der

Sowjetunion mit Plaketten, auf denen die Namen und wichtigsten Lebensdaten der Betroffenen festgehalten sind.

Der Karl-Wilhelm-Fricke-Preis wurde zum zweiten Mal vergeben. Er wird Persönlichkeiten, Projekten und Initiativen verliehen, die mit ihrer Arbeit das Bewußtsein für Freiheit, Demokratie und Zivilcourage stärken. Der Hauptpreis ist mit 20 000 Euro dotiert, der Sonderpreis mit 5000 Euro. 

## Recht und Gerechtigkeit

(uokg) Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz verkündet und war damit zugleich die Geburtsstunde der Bundesrepublik Deutschland. Zum Jahrestag erklärte die UOKG: „Auch wenn Skeptiker dies gerne anzweifeln, das Grundgesetz ist die gültige, vollkommen rechtmäßige Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.“

Das Grundgesetz hat sich bewährt. Doch ist es nicht auf ein menschenverachtendes System ausgerichtet. So sind viele Betroffene von SED-Unrecht heute enttäuscht und frustriert. Zum einen müssen sie ihre Rechte über jahrelange kräftezehrende Rechtsstreitigkeiten durchsetzen, wie bei

der Anerkennung von Haftfolgeschäden, oder es gibt einfach keine Rechtsgrundlage, so, wie für Betroffene von Zwangsadoptionen. Die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley hatte schon Anfang der 90er auf den Punkt gebracht: Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat.“

Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG, forderte, „die Ausführungen des Grundgesetzes und der darauf basierenden Normen müssen auch auf die Lebenswirklichkeit der SED-Opfer anwendbar sein. Es kann nicht sein, daß die SED-Unrechtsgeschädigten ihre Rechte immer wieder über die Gerichtsbarkeit einklagen müssen.“ 

## Selbsthilfegruppe für Doping-Opfer

(lmv) Von DDR-Zwangsdoping betroffene ehemalige Sportler finden seit dem 5. Juni 2018 erstmalig in einer Selbsthilfegruppe bei der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Schwerin Austausch mit Leidensgefährten. Neben den erheblichen gesundheitlichen Schäden leiden ehemalige Sportler auch seelisch: unter eigenem Leistungsdruck, weil sie aufgrund der vielen Folgeerkrankungen beruflich nicht mehr funktionieren; unter der Schmach, daß sportliche Erfolge nicht nur auf eigenen Leistungen beruhen könnten; unter schambesetzten körperlichen Folgen und nicht zuletzt unter dem Druck, als Nestbeschmutzer zu gelten.

„Für die ehemaligen Sportler ist es wichtig, gemeinsam in einer Gruppe Isolation und Sprachlosigkeit zu überwinden. Wir unterstützen und begleiten sie bei ihrer persönlichen Aufarbeitung: bei Recher-

chen, beim Antrag nach dem Zweiten Doping-Opfer-Hilfegesetz, der noch bis Jahresende gestellt werden kann, und seit heute auch mit einer Selbsthilfegruppe“, sagte Anne Drescher, Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern.

Der Leistungssport diente als Aushängeschild der DDR und sollte nach innen und außen über die Defizite des „real existierenden Sozialismus“ hinwegtäuschen. Die staatlich gelenkte Sportpolitik organisierte Erfolge auch durch den flächendeckenden Einsatz von Doping. Dabei wurden geschätzte 15 000 Leistungs- und Nachwuchssportler u.a. zwangsweise oder in Unkenntnis gedopt. Mit Beschluß vom 28. Januar 2016 hat der Landtag die Behörde der Landesbeauftragten als Anlaufstelle für betroffene ehemalige Sportlerinnen und Sportler benannt. 

## Sachsen zieht nach

(wde) Der Freistaat Sachsen will Opfer der SED-Diktatur künftig mit einem Härtefallfonds unterstützen, kündigte Ministerpräsident Michael Kretschmer an. Nach Angaben der CDU-Landtagsfraktion soll dieser Fonds helfen, wenn Entschädigungsleistungen und Opferrenten nicht ausreichen. Damit würden die Folgen von SED-Repressalien anerkannt und Menschen gewürdigt, „die mit ihrem Mut den Grundstein für unsere Freiheit gelegt haben“, sagte Fraktionsvorsitzender Frank Kupfer. Für die Errichtung von Härtefallfonds in den Ländern hatte sich die UOKG mit Schreiben an alle Ministerpräsidenten bereits im vergangenen Jahr eingesetzt. 

## Opferverbände abgelehnt

(uokg) Am 5. Mai wurde in der Stadt Trier gegen Protest der UOKG und vieler anderer eine Karl-Marx-Statue enthüllt. Um zumindest auf den Zusammenhang zwischen den Theorien von Karl Marx und den vielen darauf basierenden Diktaturen mit ihren vielen Millionen Opfern hinzuweisen, hatte der Stadtrat von Trier am 6. April beschlossen, eine Gedenktafel neben der Statue zu installieren. Die UOKG hatte angeboten, bei der Formulierung mitzuwirken.

Der Trierer Baudezernent Andreas Ludwig sicherte im Rahmen der Podiumsdiskussion „Ein vergiftetes Geschenk?“ am 9. April in Trier die Mitwirkung zu. Der Stadtrat von Trier hat inzwischen eine Beteiligung der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft an der Formulierung des Textes der Gedenktafel abgelehnt.

Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG, sagte, er sei über die Ablehnung verwundert, aber vor allem empört. Dies sei ein Affront für die Hunderttausenden Opfer der SED-Diktatur. „Ich fordere den Stadtrat in Trier daher auf, die Opferverbände zu beteiligen!“ 

### Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonnabends, am 14., 21. und 28. Juli sowie am 4., 11. und 18. August, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

## Erneute Antragstellung

### Möglichkeiten nach Eintritt der Rechtskraft

Im folgenden soll ein Überblick gegeben werden, unter welchen Voraussetzungen ein erneuter Antrag im strafrechtlichen Rehabilitierungsverfahren möglich ist. Die Erörterung ist nicht abschließend und kann eine rechtliche Beratung nicht ersetzen.

Wird ein Rehabilitierungsantrag rechtskräftig abgelehnt, kann man hinsichtlich desselben Lebenssachverhalts (einer Heimerbringung oder Haft zu einer bestimmten Zeit) grundsätzlich nicht mehr rehabilitiert werden. Dies wird in § 1 Abs. 6 S. 1 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) klargestellt: **„Ein Antrag nach Absatz 1 ist unzulässig, soweit nach dem 2. Oktober 1990 über einen auf denselben Sachverhalt gestützten zulässigen Antrag auf Rehabilitation oder Kassation rechtskräftig entschieden worden ist.“** Es gibt wenige Ausnahmen von diesem Grundsatz, auf die später eingegangen wird.

Zunächst ist jedoch zu klären: Was ist Rechtskraft? Unter Rechtskraft versteht man, daß Entscheidungen von den Verfahrensbeteiligten nicht oder nicht mehr mit einem ordentlichen Rechtsmittel angefochten werden können. Die Ent-

scheidung des Gerichts steht fest und ist verbindlich. Das Institut der Rechtskraft gilt für das gesamte deutsche Prozeßrecht. Wurde ein Rehabilitierungsantrag rechtskräftig abgelehnt, ist eine erneute Antragstellung grundsätzlich ausgeschlossen. Die Rechtskraft ist Teil des Rechtsstaatsprinzips und damit verfassungsrechtlich verbürgt. Sie ist sinnvoll und wichtig, denn durch sie wird Rechtssicherheit und Rechtsfrieden hergestellt. Dies kann im Einzelfall in Widerspruch zur Gerechtigkeit geraten, rechtfertigt sich aber aus dem Sinn der Rechtskraft, dem Rechtsfrieden zu dienen und das Vertrauen in die Beständigkeit des Rechts zu schützen.

Unter folgenden Voraussetzungen wird eine Entscheidung im Rehabilitierungsverfahren rechtskräftig:

#### 1. Verstreichen der Rechtsmittelfrist

Exkurs: *Grundsätzlich ist gegen den Reha-Beschluß innerhalb eines Monats nach Zustellung (in wenigen Ausnahmefällen nach mündlicher Erörterung) die Beschwerde zulässig. Für den Ablauf der Frist ist nicht der Zeitpunkt entscheidend, in dem die Beschwerde in den Briefkasten eingeworfen wurde! Es zählt nicht der Poststempel! Es zählt der Tag, an dem die Beschwerde im Gericht ankommt. Die Frist endet mit Ablauf des Tages des letzten Monats, der durch seine Benennung oder Zahl dem Tag entspricht, an dem die Frist begonnen hat(1). Fehlt dieser Tag in dem letzten Monat, so endet die Frist mit dem Ablauf des letzten Tages dieses Monats (2). Fällt das Ende der Frist auf einen Sonnabend, Sonntag oder Feiertag, so endet die Frist mit Ablauf des nächsten Werktages (3). Bsp.: (1) Wird der Beschluß am 25.06.2018 (Montag) zugestellt, muß die Beschwerde spätestens am 25.07.2018 (Mittwoch) beim Gericht eingegangen sein. (2) Am 31.01.2019 (Donnerstag) wird der Beschluß zugestellt – die Beschwerde muß am 28.02.2019 beim Gericht sein (der Februar hat keinen 31., daher endet die Frist mit dem Ablauf des letzten Tages dieses Monats, also am 28.). (3) Zustellung der Entscheidung am 29.06.2018 (Freitag) – die Beschwerde muß spätestens am 30.07.2018 beim Gericht sein, da der 29.07.2018 auf einen Sonntag fällt.*

#### 2. Beendigung des Instanzenzuges

Im Strafrechtlichen Rehabilitierungsverfahren gibt es zwei Instanzen. Erste Instanz ist ein Landgericht, die zweite ein Oberlandesgericht (in Berlin heißt das Oberlandesgericht Kammergericht).

Zu den Voraussetzungen eines erneuten Antrages: Grundsätzlich gibt es zwei Konstellationen, unter denen ein neuer Antrag gestellt werden kann.

1. Es wurde bereits § 1 Abs. 6 S. 1 StrRehaG zitiert. Es gibt aber auch einen zweiten Satz, der den ersten einschränkt: **„Dies gilt nicht, soweit dargelegt wird, daß der frühere Antrag nach den Vorschriften dieses Gesetzes Erfolg gehabt hätte.“** Dadurch sollten in erster Linie Fälle erfaßt sein, in denen das StrRehaG vom 20.10.1992 weiter gefaßt ist als das Rehabilitierungsgesetz vom 06.09.1990 in der Fassung des Einigungsvertrages. Die Rechtsprechung hat den Satz aber auch schon dahingehend interpretiert, daß ein neuer Antrag auch möglich ist, wenn sich das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz geändert hat und nach der neuen Gesetzeslage ein Antrag Erfolg gehabt hätte.

2. Ein erneuter Antrag ist auch zulässig, wenn Wiederaufnahmegründe im Sinne der Strafprozeßordnung (StPO) vorliegen. Wichtig sind in diesem Zusammenhang vor allem neue Tatsachen oder Beweismittel (§ 359 Nr. 5 StPO). Das können beispielsweise diverse rehabilitierungsrelevante Unterlagen sein, wie z.B. Stasiunterlagen, Unterlagen über Heimaufenthalte etc. Neu sind Tatsachen und Beweise, wenn sie dem erkennenden Gericht bei der Beschlußfassung unbekannt waren. Die Tatsachen müssen geeignet sein, die Beschlußfassung des erkennenden Gerichts zu erschüttern. In diesem Zusammenhang ist besonders hervorzuheben, daß auch neue wissenschaftliche Erkenntnisse neue Tatsachen darstellen können. Betroffene, die in Spezialkinderheimen untergebracht waren, können sich ggf. auf die Expertise „Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR“ von Prof. Wapler, Dr. Sachse und Prof. Laudien berufen. Dies wurde bereits in Ausgabe 4/2018 ausgeführt.

Die juristische Beratungsstelle der UOKG steht Betroffenen bei sämtlichen rehabilitierungsrechtlichen Fragestellungen zur Seite, Tel. (030) 55 77 93 53.

Martina Kegel, Ass. jur.



# Datenschutz und Informationspflicht

Hinweise zum Datenschutz bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten nach Art. 13 und 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) durch die Redaktion „der stacheldraht“

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Redaktion „der stacheldraht“ verwendet für den Versand der Zeitschrift auch personenbezogene Daten. Die folgenden Informationen haben den Zweck, Sie über Verarbeitung und Verwendung Ihrer Daten sowie Ihre Rechte aufzuklären.

**Kontaktdaten des Verantwortlichen:** Redaktion „der stacheldraht“, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail [der-stacheldraht@web.de](mailto:der-stacheldraht@web.de)

## Zweck der personenbezogenen Daten

Ihre gespeicherten personenbezogenen Daten, die der Redaktion „der stacheldraht“ vorliegen, bestehen aus Vor- und Nachname, Adresse sowie Anzahl der von Ihnen gewünschten Exemplare der Zeitschrift. Diese Angaben werden verwendet, um Ihnen die jeweiligen Ausgaben (neun pro Jahr) zuzusenden. **Ihre Daten werden nicht für eine automatisierte Entscheidungsfindung, für ein Profiling oder sonstige statistische Erhebungen verwendet.** Ebenso werden sie nicht an unbefugte Dritte weitergegeben (s. Abschnitt Empfänger personenbezogener Daten).

## Löschung der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden aus der Adreßdatenbank unverzüglich gelöscht, wenn Sie uns dazu auffordern. Sollte es vorkommen, daß zum Zeitpunkt dieser Aufforderung die Adreßdatenbank für eine neue Ausgabe bereits verarbeitet wurde, erhalten Sie noch einmal die entsprechende Ausgabe. Für die folgende werden Ihre Daten dann gelöscht, so daß Sie nicht erneut darauf hinweisen müssen.

**Bitte achten Sie unbedingt darauf, für eine Löschung nur die oben genannten Kontaktdaten zu verwenden (die auch bei jeder Ausgabe im Impressum auf der letzten Seite unter „Redaktion“ stehen).**

## Empfänger personenbezogener Daten

Die Redaktion „der stacheldraht“ gibt Ihre Daten für jede neue Ausgabe an den Auftragsverarbeiter Wolanski GmbH, der für den Versand zuständig ist. Zwischen der Redaktion und dieser Versandfirma besteht eine „Vereinbarung über Auftragsverarbeitung i.S.d. Art. 28 Abs. 3 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)“. Diese Vereinbarung konkretisiert die Verpflichtungen der Vertragspartner zum Datenschutz. Die Wolanski GmbH hat der Redaktion einen besonders gesicherten Web-Zugang zur Verfügung gestellt, um Risiken bei der Datenübertragung erheblich zu verringern.

## Rechte aus dem Datenschutz

Sie haben das Recht auf Auskunft über die Sie betreffenden personenbezo-

genen Daten sowie auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung sowie das Recht, der Verarbeitung zu widersprechen. Bitte wenden sie sich in allen genannten Fällen der Auskunft, der Berichtigung, der Löschung, Einschränkung bzw. mit Ihrem Widerruf an die o.g. Kontaktadresse.

## Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Wer annimmt, bei der Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung seiner persönlichen Daten in seinen Rechten verletzt worden zu sein, kann sich an die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde wenden. Diese geht der Beschwerde nach und unterrichtet den Betroffenen über das Ergebnis. Zuständig ist: Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Husarenstr. 30, 53117 Bonn, E-Mail [poststelle@bfdi.bund.de](mailto:poststelle@bfdi.bund.de)

## Interviewpartner/innen gesucht!

Für meine Dissertation suche ich Betroffene, die im Zeitraum von 1965/66 bis 1989 in Normalheimen der ehemaligen DDR lebten. Ziel meiner Untersuchung ist es, anhand von biographischen Interviews die Erziehungspraktiken in den Normalheimen und – damit verbunden – den subjektiv erlebten Alltag der Heimbewohner/innen zu rekonstruieren sowie herauszufinden, wie sich diese gegenwärtig zu ihrer (Heimerfahrung in der) Kindheit und Jugend verhalten.

In den vergangenen Jahren ist das öffentliche und wissenschaftliche Interesse an der Aufarbeitung der DDR-Heimpädagogik zwar gestiegen, die Studien beschränken sich zumeist aber auf die Spezialkinderheime und Jugendwerkhöfe. Auch die Biographien der Betroffenen werden nicht in einem ausreichenden Maße berücksichtigt. Aus diesem Grund suche ich für mein Dissertationsvorhaben Interviewpartner/innen, die

- im *Zeitfenster von 1965/66 bis 1989 in Normalheimen* aufwuchsen oder Abschnitte ihrer Kindheit und/oder Jugend dort verbrachten und
- bereit sind, mir ihre *Lebens- und Familiengeschichte* zu erzählen.

Die hierfür notwendigen biographischen Interviews werden von mir vor Ort durchgeführt und auditiv erfaßt. Aus datenschutzrechtlichen und forschungsethischen Gründen bin ich dazu verpflichtet, alle personenbezogenen Angaben zu anonymisieren. Bei Veröffentlichung werden Rückschlüsse auf Ihre Person nicht mehr möglich sein.

Für eventuelle Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.  
Constanze Schliwa, Universität Hamburg. Tel. (040) 428 38-97 49,  
E-Mail: [constanze.schliwa@uni-hamburg.de](mailto:constanze.schliwa@uni-hamburg.de),  
<https://www.ew.uni-hamburg.de/ueber-die-fakultaet/personen/schliwa-c.html>

# Franz Kafka und der Prager Frühling

## Literaturtagung mit politischen Folgen



Foto: anonymus

Franz Kafka 1923, ein Jahr vor seinem Tod.

Aus Sicht der im Ostblock bis 1989/90 herrschenden Kommunisten gab es unabweisbare Gründe, die Werke des Prager Schriftstellers Franz Kafka (1883–1924) nicht zu veröffentlichen. Seine düsteren Romane und Erzählungen machten die Leser hellhörig und feinfühlig für die politischen Verfolgungen, denen sie während der Stalin-Zeit ausgesetzt waren und ausgesetzt blieben über den Tod des Moskauer Diktators 1953 hinaus. Wer den ersten Satz des Romans „Der Prozeß“ (1925) las, erschauerte und fühlte sich an Selbsterlebtes erinnert:

„Jemand mußte Josef K. verleumdet haben, denn ohne daß er etwas Böses getan hätte, wurde er eines Morgens verhaftet.“

Niemand konnte im Frühjahr 1963 ahnen, welche Wirkung von der zweitägigen Kafka-Konferenz am 27./28. Mai ausgehen sollte, zu der der Prager Germanist Eduard Goldstücker (1913–2000) in das Barockschloß Liblice eingeladen hatte. Es ging darum, so stand es im Einladungstext, die „Bedeutung des Werkes Franz Kafkas unter den marxistischen Wissenschaftlern zu klären“. Ein durchaus legitimes Unterfangen, zumal sich der Tagungsleiter ideologisch dadurch abzusichern suchte, daß er sich auf die Enthüllungen des XX. Parteitags der Sowjetkommunisten vom

Februar 1956 berief und Franz Kafka, der seine Werke in deutscher Sprache geschrieben hatte, zum „Opfer des Personenkults“ im Stalinismus erklärte.

Eingeladen waren auch fünf DDR-Germanisten, die offensichtlich die Aufgabe hatten, Franz Kafkas Texte zu historisieren. Zwei von ihnen

hatten ihre Dissertationen, Klaus Hermsdorf 1959 in Ostberlin und Helmut Richter 1961 in Leipzig, über das Erzählwerk des Prager Autors geschrieben, was insofern mit einem „kafkaesken“ Beigeschmack versehen war, als die Originaltexte Franz Kafkas bis dahin in keinem DDR-Verlag erschienen waren.

Als sechster DDR-Teilnehmer war die Schriftstellerin Anna Seghers (1900–1983) aus Ostberlin angereist, deren Exilroman „Transit“ (1943) über die Flucht deutscher Emigranten aus dem besetzten

wäre, wenn seine Werke denn endlich veröffentlicht würden, eine Schwalbe, die den Frühling, die Auflösung also der ideologischen Erstarrung, ankündigte, so erklärte Alfred Kurella (1895–1975), Mitglied der „Ideologischen Kommission beim ZK der SED“, den ungeliebten Autor zur Fledermaus, zum Vorboden der einbrechenden Nacht.

Daß die Kafka-Konferenz 1963 ein Prä-ludium des Prager Frühlings von 1968 war, wird aus dem zeitlichen Abstand von 55 Jahren immer klarer. Nach Liblice



Quelle: Miaow

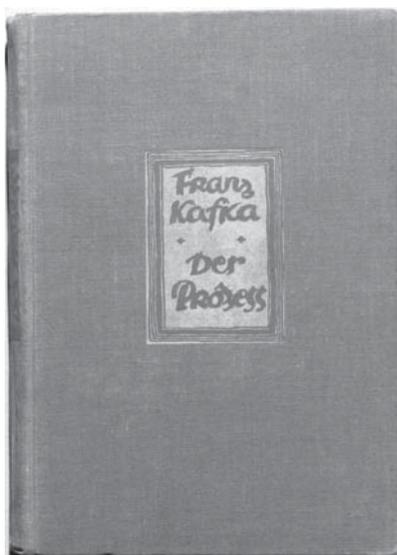
Der Tagungsort Schloß Liblice, nahe Melnik.

Paris 1940/41 nach Marseille deutlich erkennen ließ, daß sie mit den Werken des Prager Autors vertraut war. Enttäuscht verließ sie die Tagung vorzeitig und schrieb schon am 29. Mai an Georg Lukacs in Budapest: „Diese Leute sind gegen Kafka, also bin ich für ihn.“

Der neuralgische Punkt dieser Konferenz war erreicht, als der Wiener Marxist Ernst Fischer (1899–1972) die Frage aufwarf, ob der von Karl Marx geprägte Begriff der Entfremdung des Menschen im Kapitalismus, deren literarischer Ausdruck Franz Kafkas Romane wären, nicht auch auf die sozialistische Gesellschaftsordnung angewandt werden müßte. Hier freilich war eine Grenze überschritten, die diese Literaturtagung zum Politikum machte. Besonders deutlich konnte man das an der Reaktion der Ostberliner SED-Dogmatiker erkennen. Wurde auf Schloß Liblice mit leiser Hoffnung geäußert, Franz Kafka

wurden nicht nur Franz Kafkas Werke ins Tschechische und Slowakische übersetzt, auch Leben und Werk des Schriftstellers wurden in Presse und Hörfunk verbreitet, Bühnenfassungen seiner Werke aufgeführt. Selbst am Grab wurden ehrende Worte gesprochen. Schließlich flog 1964 Max Brod (1884–1968), der Jugendfreund, von Israel nach Prag, um eine Kafka-Ausstellung zu eröffnen.

Es war das politische Klima, das sich seit 1963 sukzessiv veränderte, bis die Zeit schließlich reif war für den Prager Reformkommunismus von 1968. Dieser unerhörte Vorgang bis zum Einmarsch am 21. August läßt sich vielleicht mit einem Zitat aus Alexander Solschenizyns „Offenem Brief“ an die Sowjetführung umschreiben: „Ziehen Sie die Vorhänge zurück, draußen ist heller Tag!“



„Der Prozeß“: Verlagsumschlag der Erstausgabe von 1925.

# Verlust der Identität

Petition der Zwangsausgesiedelten Inge Bennewitz und der UOKG im April 2018

## Petition

Zahlung einer angemessenen Entschädigung in Form einer einmaligen finanziellen Zuwendung für jeden aus dem Sperrgebiet an der innerdeutschen Grenze Zwangsausgesiedelten – gemäß Artikel 17 des Einigungsvertrages – für den zu Unrecht erlittenen seelischen Schaden durch die politisch motivierte Vertreibung und die sich daran anschließenden staatlich organisierten Repressionen und Schikanen.

## Begründung

**Die Vertreibung ist ein völkerrechtlich geächteter Akt von Staatsunrecht, der ähnlich einschneidende Wirkung hat wie eine zeitlich begrenzte Freiheitsentziehung. Das eigentliche Unrecht der Vertreibung hat bisher keine Wiedergutmachung erfahren.**

In der vorangegangenen Legislaturperiode hatten Inge Bennewitz und andere eine Petition mit der gleichen Forderung an den DBT (Pet 4-18-07-251-028066) gerichtet, diese wurde abgelehnt mit der unakzeptablen Begründung, die geltende Rechtslage zur Rehabilitierung und Entschädigung sei sachgerecht und angemessen. Diese Petitionen wurden an die Parlamente der neuen Länder weitergeleitet, von den Petitionsausschüssen dort kamen ebenfalls Ablehnungen.

Dabei hat sich gezeigt, daß ungenügende Sachkenntnis besteht über:

1. die Anwendbarkeit der geltenden Gesetze,
2. die beiden Zwangsausiedlungsaktionen von 1952 und 1961 an sich,
3. die Resultate der bisher geltenden Entschädigungsregelungen.

Zu 1.

Bei der Abwehr der vorigen Petitionen wurden völlig unangebracht Leistungen, die sich z.B. aus dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (VermG) ergaben, als Entschädigung für die politische Verfolgung hingestellt. So heißt es in einer Ablehnung aus M/V: Mit der verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung (sie umfaßt den Ausgleich von Gesundheitsschäden und Vermögensverlusten) werde Unrecht klar als Unrecht benannt

und durch die Rückgabe bzw. Entschädigung wenigstens ansatzweise bereinigt.

Dr. Johannes Wasmuth beschäftigt sich seit über 25 Jahren wissenschaftlich und als Rechtsanwalt eingehend mit der Aufarbeitung von NS- und SED-Unrecht und schreibt dazu: „Das BVerwG (VIZ 1996, 706f.) hat zu den Zwangsausgesiedelten zutreffend ausdrücklich festgestellt, daß es der DDR primär um das persönliche Unrecht der Vertreibung ging und daß der Vermögensverlust nur die damit verbundene, aber gar nicht intendierte Folge war. Sprich: Mit einem Ausgleich für den Vermögensverlust wird das eigentlich verübte Unrecht, nämlich die Vertreibung, überhaupt nicht erfaßt und ausgeglichen. Das primäre Unrecht ist die Vertreibung, nur das sekundäre, von dem ohnehin nur ein Teil der Vertriebenen betroffen war, war der Vermögensverlust, der als solcher schon deshalb nicht das wirklich einschneidende Unrecht war, weil es in vielen Fällen zu Entschädigungsleistungen gekommen sein muß. So **bleibt das eigentliche Unrecht ohne jede Wiedergutmachung**, obgleich das schwere Unrecht der Vertreibung wegen seiner einschneidenden persönlichen Wirkungen völkerrechtlich geächtet ist und ohne jeden Zweifel bereits als solches einen schweren Menschenrechtsverstoß darstellt. Zu argumentieren, das verübte Unrecht werde durch einen Ausgleich für eingetretene Vermögensverluste ausgeglichen, ist vor diesem Hintergrund nachgerade absurd.“

Für einen Betroffenen ist es schmerzlich zu lesen, daß z.B. von Behördenvertretern die Restitution als Wiedergutmachung für politische Verfolgung hingestellt wird und gleichzeitig zu wissen, daß er besser abschneiden würde, wenn er der politischen Verfolgung und der damit verbundenen Enteignung durch Flucht in den Westen zuvor gekommen, also wenn er teilungsbedingt enteignet worden wäre und dadurch nicht einige Jahre auf das 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (UnBerG) von 1994 hätte warten müssen.

Die Behauptung, mit dem Ausgleich für Vermögensverlust sei das Unrecht ansatzweise bereinigt, könnte darauf zurückzu-

führen sein, dass beide Aktionen 1952 und 1961 mitunter bis heute fälschlicherweise als reine Enteignungsaktionen beschrieben werden, was Ursachen hat: Anfang 1990 verbreitete der Bund der Zwangsausgesiedelten (BdZ e. V.) die Fehlbehauptung, Ziel der beiden Aktionen sei es gewesen, im 1952 geschaffenen Sperrgebiet an der innerdeutschen Grenze Unterkünfte für Polizei und Grenztruppen zu schaffen. Weil der Mensch bei großem Unglück sein Gehirn nicht lange ergebnislos mit Ursachenforschung zermartern will, hatten viele

Quittung über Rückzahlung in den Entschädigungsfonds, erst danach konnte die Restitution erfolgen.

Betroffene zu dieser scheinbar plausiblen Legende beigetragen. Es gibt wissenschaftliche Publikationen, die dies widerlegen. Doch die Falschbehauptung hat sich leider im Laufe der Jahre verfestigt. Auch die Landesbeauftragte für Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (LStU) M/V schrieb noch 2017, bei beiden Zwangsausiedlungsaktionen habe es sich – wie bei ROSE an der Ostsee – um Enteignungsaktionen gehandelt, was mit zur Ablehnung der Petition beitrug.

Fakt ist: 1952 wurden nur landwirtschaftliche Betriebe enteignet, 1961 alle Grundstücksbesitzer, aber der Eigentumsstatus der „belasteten Personen“ wurde erst wenige Tage vor Start der Aktionen klar, als es darum ging, Ersatzquartiere im Hinterland zu beschaffen. Von beiden Aktionen waren auch viele Wohnungsmieter betroffen, deren Vermieter nicht enteignet wurden. Die Wohnungen oder Häuser wurden anschließend wieder ganz normal bewohnt.

Zu 2.

Einer echten „Zwangsausiedlung“ liegt stets individuelle politische Verfolgung zu-



grunde. Drei Rechtsexperten haben sich zu diesem Thema geäußert:

- 1992 hat der damalige Justizminister, Dr. Klaus Kinkel, sie als exceptionelle, individuelle politische Verfolgung bezeichnet.
- Ein ermittelnder Staatsanwalt der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität bei dem Berliner Kammergericht sprach von besonderer Unmenschlichkeit.
- Dr. Johannes Wasmuth schreibt: „Die Vertreibung ist ein völkerrechtlich geächteter Akt von Staatsunrecht, der **ähnlich einschneidende Wirkung hat wie eine zeitlich begrenzte Freiheitsentziehung.**“ Anlässlich von 20 Jahre 2. SED-UnBerG sagte

Ohne Vorankündigung wurden ganze Familien aus ihren Wohnungen und Häusern im Sperrgebiet meist ohne Nennung von Gründen, ohne Gerichtsbeschuß, innerhalb von Stunden unter entwürdigenden Bedingungen von Bewaffneten vertrieben und kamen, noch unter Schock stehend, in Elendsquartieren im Hinterland an.

1961 waren gegen 6 Uhr morgens die Telefonanschlüsse gekappt, Mitglieder der Betriebskampfgruppen räumten die Häuser und Wohnungen aus, wer aus dem Schlaf gerissen wurde, kam meist ungewaschen, ungekämmt, nur notdürftig bekleidet mit leerem Magen an.

Kinder wurden von Polizisten aus der Schule geholt (nullte Stunde), auswärts weilende Haushaltsmitglieder mit einem Einheitstelegramm informiert: „Wohnen jetzt in ..., Kreis ..., Mutti und Vati“.

Die Betroffenen wurden weisungsgemäß observiert und durch Gerüchte und Zeitungsartikel systematisch diskreditiert und kriminalisiert, sie wurden am neuen Ort nicht sozialisiert, sondern asozialisiert, sie waren aus Scham dazu verurteilt, ihr Schicksal zu verschweigen, ihr Leben wurde jahrelang reglementiert, sie mußten viele Verluste ideeller und materieller Art erleiden und hatten es sehr

schwer, das Trauma später zu verarbeiten, da sämtliche Faktoren, die eine Traumabewältigung begünstigen, negativ waren.

Eine Zwangsaussiedlung, von der etwa 11 500 Personen betroffen waren, ist kein erklärbares Kollektivschicksal, bei der Aktion 1952 waren rund 2,4% der Grenzbeohner betroffen, 1961 war es etwa 1%. Die „belasteten Personen“ und damit ihre Familien wurden willkürlich aus einer großen Masse politisch Unzufriedener ausgewählt. Und genau das war das besonders Belastende daran. Hinzu kam der Sturz von meist angesehenen, einflußreichen (aber nicht im Sinne der SED) Persönlichkeiten in der Heimat zu angeblich Kriminellen oder Asozialen in der Fremde. Die Verfolgten, um die es hier geht, waren lebenslänglich oder bis zum Fall der Berliner Mauer und der sich daran anschließenden Auflösung des 5-km-Sperrgebietes aus ihrer abgeriegelten Heimat verbannt. Sie wurden im zugewiesenen Aufnahmeort im Hinterland der DDR auf staatliche Weisung in vielfältiger Weise schikaniert, heute würde man

von Zersetzungsmaßnahmen reden. [...] Vermutlich gibt es keine andere von SED-Unrecht betroffene Gruppe, auf die alle diese Fakten gleichzeitig auch zutreffen.

Wie die Haftopfer auch, erkrankten 60% der Zwangsausgesiedelten psychisch. Die Forscher, die dies nachwiesen, haben die bisherigen Entschädigungsleistungen als unzureichend kritisiert und eine angemessene Entschädigung angemahnt, auch für ein besseres Gelingen der deutsch-deutschen Einheit.

Es gibt also Übereinstimmungen mit den Haftopfern und niemand, der nicht beides erlebt hat, hat das Recht zu sagen, Haft sei schlimmer als Zwangsaussiedlung oder umgekehrt. [...]

Dieses finstere Kapitel DDR-Geschichte ist fernab der Grenze (Aretz/Clement), besonders in den alten Bundesländern, auch infolge der de facto ausgebliebenen Entschädigung nahezu unbekannt. Aber in den Augen vieler Menschen, die davon wissen, gelten diese politisch Verfolgten oft noch immer als die Verbrecher von der Grenze, von denen die Nachbarn sich schon lange vorher distanziert hatten – wie zu DDR-Zeiten schweigt man am besten darüber. [...] Jeder von Zwangsaussiedlung Betroffene muß von diesem Stigma endlich durch eine öffentlich wirksame, angemessene Entschädigung befreit werden.

Zu 3.

Wenn der Verfolgungsakt (z. B. Haft oder Zwangsaussiedlung) bis heute schwer und unzumutbar fortwirkt, können sowohl Haftopfer als auch die Zwangsausgesiedelten Leistungen durch das 2. SED-UnBerG für verfolgungsbedingte Gesundheitsschäden, Vermögensverluste (VwRehaG) und berufliche Nachteile (BerRehaG) beantragen. Völlig unabhängig davon bekommen die Haftopfer zu Recht die Kapitalentschädigung von 306 €/Haftmonat, die für den zu Unrecht erlittenen seelischen Schaden gewährt wird, und unter gewissen Voraussetzungen die Opferpension von 300 €/Monat oder Unterstützungsleistungen von der Häftlingshilfestiftung in Bonn. Auf *Vermögensverluste* muß hier nicht mehr eingegangen werden.

**BerRehaG:** Nach bisherigen Erkenntnissen bekommt nur ein einziger Zwangsausgesiedelter eine Entschädigung wegen beruflicher Nachteile infolge der Zwangsaussiedlung – ein Bergmann, der später nie mehr im Bergwerk arbeiten konnte.



Dömitz, Am Wall 1, kurz vor Ausweisung der Eigentümer 1961.

er 2014: „Wenn die Vertriebenen aus den Ostgebieten eine Entschädigung bekommen, dann steht sie den innerhalb der DDR Vertriebenen erst recht zu.“ Und er schreibt: **„Mit dem Ausgleich der Vermögensverluste wird das schwere Vertreibungsunrecht nicht erfaßt.“**

Außerdem hat sich der Jurist und Bundesminister a. D. Wolfgang Clement zu Wort gemeldet. Er und Dr. Jürgen Aretz haben am Einigungsvertrag mitgewirkt, in dessen Artikel 17 steht, daß alle politisch Verfolgten angemessen zu entschädigen seien – ohne Zusatzbedingungen. Beide sind vor einiger Zeit auf die völlig unzureichende Entschädigung der Zwangsausgesiedelten aufmerksam geworden, waren verwundert darüber und haben in FAZ plus vom 1.2.2018 einen Aufsatz geschrieben.

Eine echte Zwangsaussiedlung – auch in den vermutlich seltenen Einzelfällen – lief so ab:

**VwRehaG-Gesundheit:** Mit Stand von Ende 2011 war in M/V unter den Beziehern einer verfolgungsbedingten Rente kein einziger Zwangsausgesiedelter. Vorreiter bei der Anerkennung ist Thüringen, auf das fast die Hälfte aller Zwangsausgesiedelten entfällt. Bis Ende 2011 waren 35 Anträge positiv beschieden, 13 Fälle davon waren sowohl psychisch als auch physisch bedingt. Selbst wenn sich die Zahl bis heute verdoppelt hätte, wäre das nicht mal 1% von allen. Es gibt begrüßenswerte Überlegungen, die Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden zu erleichtern und durch medizinische Unterstützung zu begleiten. Für Jüngere mag das hilfreich sein. Doch wer will einem 80jährigen Zwangsausgesiedelten raten, einen Folgeantrag gesundheitlicher Art zu stellen, wenn er doch weiß, dies kann zu starken Retraumatisierungen führen und am Ende stünde nach vielen nervenaufreibenden Jahren doch nur eine Ablehnung?

Doch auch die Anerkennung von gesundheitlichen Folgeschäden oder beruflichen Nachteilen erfaßt nicht das eigentliche Unrecht der Vertreibung mit anschließenden Repressionen und Schikanen. Diese Aspekte sind nicht Gegenstand dieser Petition. Auf sie wurde hier nur eingegangen, weil sie bei der Ablehnung der vorhergehenden Petition mit zur Begründung herangezogen worden sind.

In einigen Ablehnungen der vorhergehenden Petition (auch aus den neuen Ländern) steht, bei Erfüllung dieser Forderung nach einer einmaligen finanziellen Zuwendung sei die Verhältnismäßigkeit in Bezug auf andere Opfergruppen dann nicht mehr gewährt. Es wäre eher umgekehrt: die Zwangsausgesiedelten kommen in Anbetracht der Schwere ihrer Verfolgung (s. o.) unverhältnismäßig schlecht bei der Entschädigung weg, die meisten bekommen überhaupt nichts.

Die Leistungen, die Opfern von Freiheitsentziehung, z. B. Haftopfern zustehen (2. SED-UnBerG, Kapitalentschädigung und Opferpension oder Unterstützungsleistungen), sind oben bereits beschrieben. Für Heimkinder wurde eine Sonderlösung gefunden, sie bekamen aus einem Fonds je 10 000 € zugesprochen. Zudem haben Heimkinder zumindest die Möglichkeit, sich strafrechtlich rehabilitieren zu lassen und dementsprechende Leistungen zu empfangen. Personen, die Zwangsarbeit für eine fremde Macht geleistet haben, bekommen eine Anerkennungsleistung. Selbst die politisch nicht verfolgten DDR-Dopingopfer bekommen jeweils 10 000 €.

In Anbetracht der Analogien zwischen Haftopfern und Zwangsausgesiedelten geht es eher darum, die bestehende Unverhältnismäßigkeit zwischen ihnen zumindest zu verringern, indem man den Zwangsausgesiedelten wenigstens eine einmalige finanzielle Zuwendung gewährt, als Analogie zur Kapitalentschädigung, die Haftopfer für den zu Unrecht erlittenen seelischen Schaden bekommen – den hatten die Zwangsausgesiedelten zweifelsohne.

### Lösungsweg, Höhe der einmaligen finanziellen Zuwendung und entstehende Kosten

Das 2. SED-UnBerG bietet keine den Intentionen des Einigungsvertrages (Art. 17) und der Schwere dieser Verfolgungsart angemessene, entsprechende Lösungsmöglichkeit für jeden einzelnen Zwangsausgesiedelten. Deshalb müßte es durch ein Bundestagsvotum zu einer neuen bundesgesetzlichen Regelung kommen, durch die jeder anerkannte Zwangsausgesiedelte (sie stehen auf Listen) bedingungslos eine angemessene, einmalige finanzielle Entschädigung bekommt – analog zur Kapitalentschädigung, die für den zu Unrecht erlittenen seelischen Schaden gewährt wird.

Wenn man eine Zwangsausiedlung mit einer zeitlich begrenzten Haft vergleichen kann, dann darf man nach einem Vergleichspunkt suchen:

Jeder Zwangsausgesiedelte bekam gemäß Polizeibefehl 35/61 eine spezielle Kennzeichnung in einer Kerbblockkarte der Polizei (Flachkerbung im Feld 10), damit er nicht durch Umzüge untertauchen kann, wodurch der Staat sein Leben reglementieren konnte. Mit den Kerbblockkarten arbeiteten Verbindungsoffiziere des MfS, die auch Zugang zu den Kaderabteilungen großer Betriebe und Institutionen hatten. Etwa vier bis fünf Jahre waren kein normales Leben oder Veränderungen des Wohnortes und damit ein „Untertauchen“ in eine Umgebung möglich, in der die ursprüngliche Herkunft und das Stigma als Verbrecher von der Grenze unbekannt waren. Fast niemand aus der Eltern- oder Großeltern-Generation ist je wieder in normalen Lebensumständen angekommen. [...]

Deshalb empfehlen wir, die Höhe der Zuwendung in Anlehnung an die Kapitalentschädigung für Haftopfer zu bemessen, die

bei bis zu vier bis fünf Jahren Haft gezahlt wird (14688 € bis 18360 €). [...] Listen mit Namen und Geburtsdaten liegen in den 5 neuen Ländern vor. Es leben heute nur noch etwa 1000 direkt Betroffene.

[...] 1952 waren etwa 8000 Menschen von der Aktion betroffen, in Thüringen von der SED-Führung zynisch „Ungeziefer“ genannt, dessen „Beseitigung“ auf sowjetische Weisung von der SED-Führung befohlen wurde. Die Errichtung des 5-km-Sperrgebietes an der innerdeutschen Grenze am 26. Mai 1952 und die daraus folgenden Zwangsausiedlungen waren Teil einer von den Sowjets angekündigten Vergeltungsmaßnahme gegen die Nichtbeachtung der berühmten Stalinnote vom 10.



Dasselbe Haus 1990.

März 1952 und die Unterzeichnung des Deutschlandvertrages am 26. Mai 1952 in Bonn, welcher wahrscheinlich den Westdeutschen seitdem ein Leben in Freiheit unter dem Schutz der Westmächte bzw. der NATO und uns allen 1990 die Einheit in Freiheit beschert hat.

Walter Ulbricht kommentierte die Aussiedlungsaktion in einer geheimen Rede am 4. Juni 1952 so: „... Selbstverständlich sagen wir ihnen [den Zwangsausgesiedelten, Bem. Inge B.]: Das sind die Folgen der Unterschrift unter den Generalkriegsvertrag... Sie leiden darunter. Sollen sie ihre Wut gegen die Bonner Regierung und die Amerikaner richten. Wir sind nicht dafür verantwortlich...“ Nur geschah dies ganz unmittelbar und mit aller Härte auf Kosten von unschuldigen Kindern, Greisen und Eltern – den Zwangsausgesiedelten.

Das sollte von der gesamten deutschen Gesellschaft endlich angemessen gewürdigt werden. Auch im Interesse der deutsch-deutschen Einheit. [...]

## Die „Tarantel“

Zu den Symptomen einer Diktatur gehört der politische Flüsterwitz. Er ist ein Ventil für die aufgestaute Unzufriedenheit und Verbitterung der Zwangsuntertanen. Zugleich stellt die destruktive Wirkung seiner beißenden Ironie und seines bissigen Spotts eine gefährliche Waffe gegen das Regime dar. So vermag es kaum zu überraschen, daß im Herbst 1950 in West-Berlin im Rahmen des illegalen Widerstandes in der DDR eine Zeitung mit dem so treffenden Namen „Tarantel“ entstand.

Geistiger und organisatorischer Kopf war „Heinrich Bär“ (tatsächlicher Name: Heinz W. Wenzel), einstiger SBZ-Journalist, der im Juli 1946 vom NKWD verhaftet und jah-

gibt Genossen, die nur glauben, damit sie nicht zu denken brauchen“. Geradezu prophetisch waren die Slogans „Die SED hat eine Vergangenheit, aber keine Zukunft“ und gar „Das SED-Parteibuch ist nur das Toilettenpapier der Zukunft“.

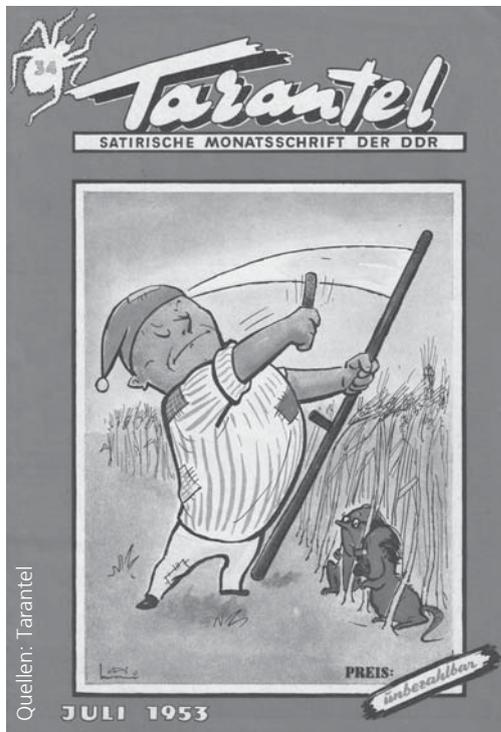
Die anfänglich monatlich 10 000 Hefte hatten nach drei Jahren eine Auflage von 100 000 erreicht. Ab 1957 waren es 270 000 Exemplare, die in die DDR geschmuggelt wurden. Die Einschleusung erfolgte durch alle freiheitlichen Gruppen West-Berlins und durch Verteilung an DDR-Besucher an den Sektorengrenzen. Viele wurden von Ost-Berlin aus als scheinbare Privatbriefe per DDR-Post auch in weit entlegene DDR-Gebiete versandt. Ein Teil nahm seinen Weg per Flaschenpost oder in wasserfesten Kunst-

der Bundesrepublik zum anderen. Nunmehr wies einen völlig gegenteiligen Inhalt auf. Die Sonderausgabe der „Tarantel“ unter der Bezeichnung „Die Geschichte der KPdSU (B) – nicht von Stalin“ erreichte sogar eine Auflage bis zu einer Million!

Als Ende der 50er Jahre alliierte Stellen in West-Berlin DDR-Flüchtlinge befragten, welche antikommunistische Propaganda nach ihrer Ansicht die wirkungsvollste sei, sprachen sich 70 Prozent von ihnen an erster Stelle für die „Tarantel“ aus. Bei ihrer Westberliner Deckadresse gingen viele Jahre täglich 15 bis 20 Briefe aus der DDR ein – und wie viele dürften von der Stasi-Postzensur abgefangen worden sein! Schon der Besitz eines einzigen „Tarantel“-Exemplars wurde als „staatsfeindliche Hetze“ mit mehrjähriger Gefängnisstrafe geahndet. In

einem Operativplan mußte die Stasi eingestehen, daß die Zeitschrift „im Rahmen der politisch-ideologischen Diversion gegen die DDR eine bedeutende Rolle spielt“. Im Laufe der Jahre setzte das MfS ca. 40 Spitzel gegen die „Tarantel“-Redaktion ein. Dort kam es auch zu einem nächtlichen Einbruch durch ein Rollkommando des DDR-Geheimdienstes.

Ein ziemliches Ärgernis für die Machthaber jenseits des Brandenburger Tors in ihrer Gier nach internationaler Anerkennung war gewiß der „Tarantel“-Mitarbeiter mit dem Decknamen „Sch-17“, ein politischer DDR-Flüchtling in West-Deutschland: Er schrieb all die Jahre laufend Artikel über die „Tarantel“



Tarantel vom Juli 1953: Der Deutsche Michel wetzt die Sense, die Feldmäuse Ulbricht und Co. sind beunruhigt.

relang im ehemaligen KZ Sachsenhausen eingesperrt wurde. Die Propaganda Ost-Berlins diffamierte ihn als nazi-fanatischen Chefredakteur des einstigen Blattes „Australischer Beobachter“ – das indes nie existierte. Auch alle Mitarbeiter der „Tarantel“ trugen zur Tarnung Tiernamen.

Der Inhalt der achtseitigen Satirezeitschrift im DIN A5-Format bestand aus vielen Flüsterwitzen, scharfen Pointen und vielen aggressiven Karikaturen, welche die DDR-Größen und ihre großspurigen Unfehlbarkeits-Parolen attackierten. In jeder Ausgabe waren dazu sarkastische Sprichwörter veröffentlicht, wie etwa „Wo das Volk flüstert, da lügt der Staat“ oder auch „Es



Tarantel vom August 1961: Chruschtschow surft auf einer kleinen Welle der Freiheit über kommunistischen Boden, und hinter ihm...

stoffhüllen auf den Flüssen um Berlin. Gern verschickte man die Hefte an Funktionäre und Systemträger, um sie zum Nachdenken und möglichst zum Zweifeln am SED-Regime anzuregen.

In Anlehnung an die Titelseite des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“ erschien eine „Tarantel“-Ausgabe mit der Überschrift „Ganz Neues Deutschland“, die mit ihrer Satire die allmächtige Staatspartei scharf angriff. Im Herbst 1956 wurde eine Ausgabe des „Eulenspiegels“ äußerlich täuschend ähnlich nachgedruckt. Der „Eulenspiegel“ war jenes DDR-Blatt mit staatlich gelenktem Humor in Form von Selbstkritik zum einen und Diffamierung

und verschickte sie mit ein, zwei Ausgaben an Zeitungen in der Schweiz, in Österreich, Luxemburg, in den Niederlanden und Schweden. Sogar die führende Zeitung im fernen Island veröffentlichte ihn.

Nach 124 Ausgaben wurde 1962 die „Tarantel“ eingestellt. Grund war die psychologische Wirkung der Mauer. (Genannt wird oft auch der erschwerte Vertrieb über die Sektorengrenze.) Als „Heinrich Bär“ 1971 starb, war er selbst der Westberliner Presse, die früher so oft und gerne die „Tarantel“-Witze für sich verwendet hatte, nicht einmal einen kurzen Nachruf wert.

## Erneuter Besucheransturm zur Museumsnacht

Am 5. Mai 2018 war es wieder soweit: Nach mehrwöchigen und intensiven Vorbereitungen öffnete der Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis zur Museumsnacht die Tore des ehemaligen Kaßberg-Gefängnisses. Schon gegen 17 Uhr versammelten sich die ersten Besucher am Gedenkort, um das diesjährige Angebot des Vereins Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V. wahrzunehmen. Kurz nach 18 Uhr gelangten die Besucher über den Gedenkort auf das Gelände der einstigen Haftanstalt. Vier Schülerinnen und Schüler der Städtischen Musikschule spielten zur Eröffnung. Am Gedenkort hatte der Verein bereits vormittags Blumen niedergelegt.

Im Hof hatte der „Ikarus von Dresden“ – Zeitzeuge Michael Schlosser – sein Flugzeug aufgebaut, in dem er die DDR Mitte der 1980er Jahre verlassen wollte. Im Gebäude bot sich den Gästen die Möglichkeit, diverse Ausstellungen zu besuchen. Im Eingangsbereich des Verwaltungsgebäudes informierte der Verband der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Chemnitz (VVN-BdA) über die Zeit des Nationalsozialismus. Wenige Türen weiter konnten sich Besucher die Ausstellung „Das Kaßberg-Gefängnis in der Reichspogromnacht 1938“ ansehen. In der Rotunde zeigte der Verein die Ausstellung

„Das Kaßberg-Gefängnis und seine Gesichter“, während die von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur herausgegebene Ausstellung „Voll der Osten. Leben in der DDR“ im C-Flügel auf die Besucher wartete.

Zeitzeugen vermittelten in Führungen einen Einblick in die Geschichte des einstigen Haftgebäudes und berichteten über die Haftbedingungen als politische Gefangene in der DDR. Frau Krause und Herr Sehm gaben Auskunft zu ihrer Haftzeit im Kaßberg-Gefängnis Ende der 1940er Jahre. An den Gesprächen zwischen den Zeitzeugen wurde am 5. Mai wieder sehr deutlich: Es darf nichts vergessen werden! Diesen Anspruch verfolgte auch Zeitzeuge Wolfgang Looß bis zu seinem Ableben im September 2015. Ein großer Dank an seine Tochter für ihre Unterstützung der Museumsnacht.

Bis in den Abend hinein strömten etwa 1000 Menschen in das ehemalige Kaßberg-Gefängnis. Insgesamt zählte der Verein 1018 Besucher. Die letzten Gäste verließen das Gelände gegen 1.45 Uhr am 6. Mai 2018.

Ein besonderes Angebot richtete sich dieses Jahr an Jugendliche. Sie konnten sich inner- und außerhalb der frühe-

ren Haftstätte auf die Spuren eines bekannten Chemnitzers begeben, dessen Biographie auf tragische Weise mit dem früheren Kaßberg-Gefängnis verbunden ist: Wolfgang Löttsch. Einen Höhepunkt der Museumsnacht bildete die Premiere des Films „Das Kaßberg-Gefängnis und seine Gesichter“. Der Film – basierend



Foto: Marcel Ludwig

Großes Interesse am „Ikarus von Dresden“ und seinem Flugzeug.

auf Interviews mit Zeitzeugen – wurde am Abend auf einer Leinwand im Hof der Öffentlichkeit präsentiert.

Für die Hilfe bei der diesjährigen Museumsnacht möchten wir uns bei allen Beteiligten und Unterstützern ganz herzlich bedanken.

Steffi Lehmann

## Begegnungstreffen in Hoheneck

Zu einem Begegnungstreffen im ehemaligen DDR-Frauengefängnis Hoheneck in Stollberg fanden sich am 28. April 2018 Frauen zusammen, die in den Jahren 1950 bis 1989 dort gefangen gehalten wurden – viele waren zuvor schon in anderen Lagern oder Gefängnissen inhaftiert. Veranstalter des Treffens waren die Gedenkstätte Hoheneck und der Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Mit einer Gedenkfeier am Gedenkstein vor dem Frauengefängnis wurde der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft gedacht, musikalisch umrahmt von einer Stollberger Bläsergruppe.

Große Beachtung fand das Treffen bei den Institutionen, die vor Ort waren. Grußworte der Stadt Stollberg, vertreten durch den Oberbürgermeister Marcel Schmidt, der UOKG, vertreten durch den Vorsitzenden Dieter Dombrowski, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der

SED-Diktatur, vertreten durch Anna von Arnim-Rosenthal, des Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, vertreten durch Maximilian Heidrich, richteten sich an die Opfer. Eva Werner, zuständig für die Gedenkstätte Hoheneck, verlas die Namen der 35 Frauen und der drei Kinder, die die Haft in diesem Gefängnis nicht überlebten. Blumen und Kränze wurden am Gedenkstein niedergelegt und gaben dem Gedenken einen würdevollen Ausdruck.

Seit der Wiedervereinigung kommen die Frauen immer wieder an diesen historischen Ort zurück, um ihre Erinnerungen an das damalige Geschehen wachzuhalten. Nicht einfach ist die Konfrontation mit jenem Gefängnis, in dem sich unendliches Leid und Unrecht zugetragen haben. Die Frauen, die die Haft nicht überlebten, sind in Gedanken immer dabei, und auch die Frauen, die in Freiheit an den schweren

Haftfolgeschäden starben oder noch heute damit leben müssen. Sie haben gelernt, diesen Schmerz auszuhalten, wahrscheinlich kommen sie auch deshalb immer wieder. Und sie haben gelernt, darüber zu reden. In der Zeit der DDR war es verboten, über solche Leiden zu sprechen, und so verstummte manche Frau. Im Westen tat man sich schwer, und das Interesse an Haftberichten war nicht besonders groß.

Inzwischen besuchen auch geschichtsinteressierte Menschen diesen historischen Ort. Ein Ort, ein Schloß – Schloß Hoheneck, mit vielen Geschichten. Im Objekt Hoheneck prallen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft aufeinander. Unter den insgesamt vier Nutzern nimmt die zukünftige Gedenkstätte Frauengefängnis Hoheneck den wichtigsten Platz ein. Die dunkle Vergangenheit des Ortes wird also nicht ausgeblendet. Eine Dauerausstellung über die Geschichte Hohenecks und die Haftbedingungen wird in das Hauptexponat, das Hafthaus selbst, einziehen. Erlebbar Geschichte und Geschichten – hautnah.



Anlässlich des Begegnungstreffens erhielten die Besucher von Mitarbeitern der Stadt Stollberg Informationen zum Stand des Baugeschehens. Zusammen mit Eva Werner konnte man in das Vorkonzept Gedenkstätte Hoheneck Einblick nehmen und die Orte und Räume begehen, in denen sich die Gedenkstätte befinden wird.

Zwischen Begegnung und Information wurde das Hafthaus mit den Arrestzellen und der Wasserzelle im Keller besichtigt. Herr Weissbach führte sachkundig durch den „Knast“. Spontan mischten sich Besucher unter die Gruppe der Frauen und hörten ihren Schilderungen der Haftzeit aufmerksam zu. Auch ein Filmteam des MDR war dabei, der in einem kleinen Beitrag im abendlichen Programm des „Sachspiegels“ über das Treffen berichtete.

Zu einer ausführlichen Führung durch die Interaktive Lern- und Erlebniswelt „Phänomenia“ lud Leiterin Doris Bradler ein. Diese interaktive Spielwelt befindet sich im ehemaligen Speisesaal und in den oberen Arbeitsräumen „ESDA“, „Planet“ und „WKL“, denjenigen bekannt, die dort arbeiteten – zwangsarbeiten mußten. Es

ist schon beeindruckend, wie hier Vergangenheit auf Zukunft trifft, eine echte Bereicherung für das Gesamtobjekt und die zukünftige Gedenkstätte Frauengefängnis Hoheneck.

Zum Abschluß des Treffens ehemals politisch inhaftierter Frauen in Hoheneck hielt Dr.

Tobias Wunschik den Vortrag „Knastware für den Klassenfeind“, natürlich mit Diskussion zum Thema Zwangsarbeit, die Dr. Wunschik in seinem Vortrag leider mehr der NS-Zeit zuordnete als der DDR-Zeit. Die „Knastware für den Klassenfeind“ wurde für sozialistische Großbetriebe in Zwangsarbeit hergestellt und in den Westen verschachert.

Das Begegnungstreffen war mehr als nur ein Treffen ehemaliger Hoheneckerinnen. Die Ansprachen der Vertre-



(v.l.) Margot Jann, Konstanze Helber, Anita Goßler und Dieter Dombrowski vor dem Gedenkstein.

ter von Institutionen wecken Hoffnung auf ein nächstes Treffen, besonders im Hinblick auf den 30. Jahrestag des Mauerfalls 2019. Dank an alle Beteiligten, die zum Gelingen des Treffens beigetragen haben.

Bei Fertigstellung des Artikels kam die Nachricht von Ellen Thiemanns Tod. Wir werden sie in würdiger Erinnerung behalten und gedenken ihrer in Stille.

Konstanze Helber

## Häftlinge im Gulag und die Literatur

Jahrestagung der Lagergemeinschaft Workuta/GULag vom 1. bis 3. Juni 2018 in Potsdam

Allen Unkenrufen zum Trotz, die Lagergemeinschaft besteht lebendig fort. Auch wenn der scheidende Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Günter Morsch, in einem Spiegel-Interview warnt, „Geschichte zu leugnen, Verbrechen zu relativieren, Sachsenhausen zu relativieren, indem man etwa nur auf das sowjetische Speziallager abhebt, das hier von 1945 bis 1950 bestand“. Wer hier relativiert, ist nicht bekannt. Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind einmalig und nicht vergleichbar. Das sowjetische Lager-System ist seit 1917 in seiner historischen Dimension auch nicht vergleichbar. Es ist deshalb zu hoffen, daß „die Erfahrungen des Gulag“, so der spanische Schriftsteller und KZ-Häftling von Buchenwald, Jorge Semprun (1923-2011) 2005, „in unser kollektives europäisches Gedächtnis eingegliedert“ werden.

Vor mehr als 75 Teilnehmern konnte der Sprecher der Lagergemeinschaft, Stefan Krikowski, eine positive Bilanz der dreitägigen Veranstaltung ziehen. Es ist vor allem sein Verdienst, ausgezeichnete Vorträge und gute Beiträge eingebracht

zu haben. Die Gespräche mit zehn Schülerinnen und Schülern sowie ihrer Geschichtslehrerin eröffneten eine lebendige Diskussion mit den Zeitzeugen Horst Schüler, Frieder Wirth, Mike Müller-Hellwig und Theodor Desens. Die Kinder- und Enkelgeneration der einstigen politischen Häftlinge im Gulag hat Führungsaufgaben übernommen und wird solche künftig übernehmen, so wie Dr. Heike Hennig, die Tochter des aus Krankheitsgründen verhinderten Dr. Horst Hennig. Die umfangreiche Organisation der Tagung lag in den Händen von Edda Ahrberg. Mit Bravour und großer Umsicht hat sie sich dieser Aufgabe gestellt. Auch im nächsten Jahr wird sie die Tagung in Köln in schlankere Form vorbereiten.

Stefan Krikowski gedachte der toten Kameraden und erinnerte an den chinesischen Dissidenten und Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo (1955–2017), „Ich habe keine Feinde, ich kenne keinen Haß“, dessen Witwe trotz weltweiter Proteste noch immer unter Hausarrest steht. Krikowski stellte außerdem die Aufstellung des von den Chinesen gestifteten

und für Propagandazwecke bestimmten Karl-Marx-Denkmal in Trier in Frage. Die Stadt habe sich damit einen Bärenienst erwiesen.

Anlässlich des 100. Jahrestages der Oktoberrevolution und des Beginns des Großen Terrors vor 80 Jahren beschrieb Edda Ahrberg eine Reise mit einer kleinen Gruppe zu den Solowezki-Inseln, gelegen knapp unterhalb des Polarkreises. Berühmt sind die dort gebrochenen Steine. Einer davon schmückt die Lubjanka. Die Studienreise vom 2. bis 10. August 2017 begann in St. Petersburg und führte zu Erinnerungsorten im Nordosten der Russischen Föderation. Im damaligen Leningrad ist die evangelisch-lutherische St. Petri-Kirche 1937 entweiht worden. Beide Pfarrer wurden ermordet. 600 km nördlich liegen die Massengräber von Sandormoch. Hier befand sich ein Erschießungs- und Begräbnisort des NKWD. Russische Kommunisten halten immer noch daran fest, daß es sich bei den Toten von Karelien um Opfer der finnischen Armee aus den frühen 40er Jahren handelt. Anke Giesen, Memorial Deutschland, berichte-

te über eine Reise an die Kolyma, über die örtlichen Lebensbedingungen und den Lageralltag seit 1929 (bis 1953) in Magadan bei subarktischem Kontinentalklima. 1953 lebten dort über 175 000 Gefangene, die Bodenschätze in Bergwerken abbauten. Die Kolyma-Region ist durch die Erzählungen von Warlam Schalamow bekannt geworden.

Bereits in den Grußworten wurde deutlich: Es ist ein Geben und Nehmen. Anspruchsvoll wurde an den Gulag erinnert. So zitierte der Potsdamer Bürgermeister, Burkhard Exner, Texte aus Schalamows Werk „Durch den Schnee“, Erzählungen



(v.l.) Dr. Peer Lange, Frieder Wirth, Horst Schüler, Heini Fritsche, Theodor Desens und Helga Sperlich im Hof der Gedenkstätte Lindenstraße.

aus Kolyma 1, und erwähnte, daß Potsdam mit den Gedenkstätten in der Lindenstraße und der Leistikowstraße gleich zwei Gedenkorte besitze, wie kaum eine zweite deutsche Stadt. Zugleich erinnerte er an den Gymnasiasten Hermann Schlüter (1930-2018), der als 15-Jähriger von einem SMT zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war. Schlüter galt als ein wichtiger Zeitzeuge des stalinistischen Terrors in Potsdam. Er ist im Alter von 88 Jahren gestorben. Gelobt wurde

der ungebrochene Elan bei der Aufarbeitung der Vergangenheit, gerade wegen der mangelhaften Anerkennung durch die Gesellschaft (Dieter Dombrowski). Noch mehr Aufmerksamkeit sollte man allen Frauen widmen, so Anna Kaminsky, die nach der Verhaftung ihrer Männer mit allen Schwierigkeiten über Jahre hinweg allein dastanden.

Der Leiter des Universitätsverlages Leipzig, Gerald Wiesner, stellte aus Anlaß des 25. Todestages von Sigurd Binski und des 65. Jahrestages des Aufstands in Schacht 29 in Workuta, der am 1. August 1953 blutig niedergeschlagen wurde, das Buch

„Sigurd Binski – Ein Kritiker der Diktaturen“ (hrsg. v. Horst Hennig und Gerald Wiesners) vor. Im Mittelpunkt stehen nicht die persönlichen Erinnerungen, sondern die nahezu objektiven Wahrnehmungen eines unmittelbar Beteiligten. In der Summe geht es um das kollektive Ge-

dächtnis der Akteure. Erinnerungen und Dokumente beschließen den Band.

Seit Jahren wird immer wieder die Frage erörtert, warum ein so fähiger, bekannter Autor und politischer Häftling wie Horst Bienek (1930-1990) den großen Roman über den Gulag nicht geschrieben hat. Auf subtile Weise wies Dr. Andreas Petersen nach, daß sich Bienek in kleinen Schritten dem Thema genähert hat, ohne den großen Wurf zu wagen. Möglicher-

weise fehlte ihm dazu auch Lebenszeit. „Ich bin nach Hause gefahren“, schrieb Bienek im Oktober 1990, zwei Monate vor seinem Tod, „ich habe mich an den Schreibtisch gesetzt. Es waren 35 Jahre seitdem vergangen. Und seit 35 Jahren war mir das nicht mehr so nahe gewesen. Ja, jetzt war es vor mir, als sei es gestern geschehen. Ich wußte, jetzt muß ich darüber schreiben.“

Zu besonderen Höhepunkten gestalteten sich die Besuche der beiden Gedenkstätten in Potsdam. Am ersten Tag hatten die Leiterin der Gedenkstätte Lindenstraße, Uta Gerlant, und die stellvertretende Leiterin der Gedenkstätte Leistikowstraße, Maria Schultz, ihre Wirkungsstätten kurz vorgestellt, die dann am zweiten und dritten Tag ausführlich besichtigt werden konnten. In der Lindenstraße war außerdem die Ausstellung „Kunst aus dem Gulag, Solomon Gerschow. Workuta 1948–56“ unter sachkundiger Führung der Kuratorin Tanya Rubinstein-Horowitz zu betrachten. Gerschow ist kein unbekannter Künstler, vielmehr ein Schüler von Marc Chagall. Zweimal verlor er seine sämtlichen Werke und brachte Jahre seines Lebens im Lager zu. Anfangs hat er auch als Bergarbeiter in Workuta gearbeitet, ehe er für seine Vorgesetzten zeichnen durfte. Ein Teil seiner Bilder liegt gedruckt in einem sinnbildlichen Umschlag vor. Solomon Moisejewitsch Gerschow (1906–1989) gehörte zu den herausragenden jüdischen Künstlern, die durch Stalin und seine Schergen gnadenlos verfolgt wurden. In beiden Gedenkstätten wurde mit Gedenkminuten und Kranzniederlegungen durch Stefan Krikowski der Opfer des stalinistischen Terrors gedacht.

Gerald Wiesners

## Erinnerung am Ort des Schreckens

Wie in jedem Jahr traf sich in der Zeit vom 1. bis 3. Juni 2018 der Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen e.V. zu Aktionstagen.

Am Freitag, dem 1. Juni, hatten wir um 10 Uhr eine sehr emotionale Kranzniederlegung am Gedenkstein vor dem Frauenzuchthaus Hoheneck in Stollberg. Anwesend waren außer den Frauen auch 56 Schüler des Matthes-Enderlein-Gymnasiums mit ihren Lehrern sowie Maximilian Heidrich in Vertretung des Sächsischen Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Unser

„guter Geist“ von Stollberg, Theo Schreckenbach, begleitete uns ebenfalls. Nach dem Niederlegen der wunderschönen Gestecke der Frauen des Frauenkreises, der Bundesstiftung Aufarbeitung Berlin, der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge Bonn und des Matthes-Enderlein-Gymnasiums wurde auch unserer verstorbenen Kameradin Ellen Thiemann gedacht. Die Frauen steckten 20 weiße Rosen in die Hecke am Gedenkstein. Dabei spielte Theo Schreckenbach auf seiner Trompete sehr ergreifend. Zwei Schüler des Gymnasiums rezitierten Gedichte.



Blumengestecke am Gedenkstein vor dem Frauenzuchthaus.

Anschließend begaben sich drei Frauen mit den Schülern zu Führungen in das Zuchthaus Hoheneck, um dann mit allen Beteiligten ein Zeitzeugengespräch zu



## Gemeinsame Petition an den 19. Bundestag

Siehe Ausgabe 4/2018, S. 8–9

(jh) Den Petenten UOKG, VOS, IEDF ist es gelungen, die Voraussetzungen zu schaffen, daß die Petition (Beschwerde, jetzt mit neuer Petitionsnummer 3-19-11-8222-006233) demnächst auf der Internetseite des Petitionsausschusses einsehbar wird. Damit gibt es die Möglichkeit, diese unterstützend mitzuzeichnen. Den genauen Termin können wir derzeit noch nicht mitteilen. Der Link <https://epetitionen.bundestag.de/> führt auf diese Seite. Wir versuchen, so zeitnah wie möglich zu informieren, wenn die Petition online erreichbar ist, UOKG-Wochenrückblick, Stacheldraht-Ausgabe 6/2018.

führen. Zu den Führungen sei gesagt, daß die beiden Lehrerinnen am Ende zu uns kamen und uns baten, im nächsten Jahr wieder einen gemeinsamen Aktionstag durchzuführen. Denn sie hätten in all den Jahren zuvor nicht so eine ausführliche und beeindruckende Führung erlebt.

Dank eines Unternehmens aus NRW, welches die Kosten für eine Fahrt nach Dresden übernahm, konnten wir am 2. Juni einen erfolgreichen Tag erleben. Wir wurden an der „Goldenen Pforte“ des Rathauses empfangen und durch das Haus geführt, wobei es zu interessanten Gesprächen kam. Anschließend

wurden wir in der Dresdener Frauenkirche begrüßt, wo wir an einer Andacht mit Orgelkonzert teilnehmen durften. Zum Abschluß führte uns Maximilian Heidrich im Namen von Lutz Rathenow zu den Brühlschen Terrassen, um bei Kaffee und Kuchen den Tag ausklingen zu lassen.

Unser Dank geht an alle, die uns bei den Aktionstagen unterstützt haben. Danke an die Bundesstiftung Aufarbeitung Berlin und Dank an Familie Josiger für die wie immer freundliche Aufnahme in ihrem Haus.

Birgit Krüger, Frauenkreis der  
ehemaligen Hoheneckerinnen e.V.

## Innerfamiliäres Schweigen

Auf dem 22. Bundeskongreß der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur sowie der Bundesstiftung Aufarbeitung vom 8. bis 10. Juni 2018 in Potsdam wurde hierzu intensiv – nicht geschwiegen. „Zwischen Schweigen und Sprechen. Innerfamiliäre Kommunikation über politische Verfolgung in der SBZ/DDR“ lautete das anspruchsvolle Thema.

Viel mehr als die ca. 180 Anwesenden hätten gar nicht in den Saal des Seminars-Hotels am Templiner See gepaßt, als der Ministerpräsident von Brandenburg, Dr. Dietmar Woidke, den Kongreß mit einer Ansprache eröffnete und bis lange in den Abend hinein zum Plausch am Stehtisch im Garten blieb. Das Kongreßthema schloß diesmal auch die Betroffenen der SBZ/NKWD-Zeit ein, was gern akzeptiert wurde. Die Aussagen Woidkes, daß kein Schlußstrich gezogen werden und kein „Verfallsdatum“ zur Anwendung kommen dürfe, daß die Aufarbeitung der Verbrechen der stalinistisch-kommunistischen Zeit unbedingt weitergehen müsse, wurden sehr begrüßt.

Absolutes Highlight war unbestritten die Performance der drei jungen Mädchen der Tanztruppe von Golde Grunske aus Cottbus, die das Thema „Schweigezeit“ eindrucksvoll darstellten. Während der Vorführung notierte ich Eindrücke wie: Verstörtheit, gemeinsames Trauern, gegenseitiges Beschützen, dann wieder Ablehnung, Neid, Ausgrenzung, Sprachlosigkeit, auseinanderdriften, wieder zusammenfinden, Hilfslosigkeit, Rastlosigkeit. – Das Krankheitsbild Posttraumatische Be-

lastungsstörung war deutlich erkennbar. Aussagekräftiger hätte man PTBS gar nicht darstellen können. Das Publikum war ergriffen, es gab stürmischen Beifall.

Den Festvortrag hielt Franziska Groszer, die eine spannende DDR-Biographie hat. Sie war u.a. Mitbegründerin der „Kommune Ost 1“ im Prenzlauer Berg. Nach Aberkennung der „Studienurlaubnis“ führte sie vielerlei Tätigkeiten aus, u.a. als Fabrikarbeiterin, Puppenmacherin, Mitarbeiterin im Kindertheater und Kinderwochenendladen. Eine öffentliche Lesung mit Thomas Brasch und Bettina Wegner endete schließlich mit Auftrittsverbot, bis sie endlich in die Bundesrepublik übersiedeln durfte.

Das Podiumsgespräch mit Prof. Iris-Bork-Goldmann aus den USA war insofern bemerkenswert, als sie in Westdeutschland aufgewachsen ist, jetzt in den USA lebend und lehrend, und sich ohne DDR-Biographie seit Jahren intensiv mit Themen wie Schweigen über Haft- und Verfolgungserfahrung befaßt. Carla Ottmann, die sowohl Zersetzungs- als auch Hafterfahrungen machte, empfahl im Podiumsgespräch, daß man „in die Zukunft hineinarbeiten müsse“.

Sehr lebendig stellte Heidelore Rutz ihre Familienkonstellation dar. Sie und ihr Ehemann wurden verhaftet, ihre zwei kleinen Kinder verblieben in Obhut bei Verwandten. Heidelore Rutz hat ein Buch über ihre Hafterfahrung geschrieben: „Klopzeichen“, die mitunter einzige Verständigungsmöglichkeit in der U-Haft. In ihrer Familie werde stets und viel gesprochen.

Nach all den ernsten und belastenden Darlegungen wurden wir wieder aufgemuntert durch Roland Herrmanns Ansage: „Leute, ick verrate euch ein Geheimnis. Hollywood ist scharf drauf, einen Film zu machen.“ Herrmann war als Jugendlicher Insasse des „Kindergefängnisses Bad Freienwalde“, wo sogar 3-Jährige „inhaftiert“ waren. Er schaffte es auf seine Weise, daß vor dem Gebäude, worin heute eine Polizeiwache untergebracht ist, eine Gedenktafel eingeweiht wurde, u.a. im Beisein von Brandenburgs Ministerpräsident Woidke. Ein TV-Sender plane eine Dokumentation, tat Herrmann kund, und eben Hollywood. Wir freuen uns schon auf die Premiere! – Am Abend wurde der deutsche Film „Das schweigende Klassenzimmer“ vorgeführt.

Die Gedenkveranstaltung auf dem Friedhof von Werder war außergewöhnlich. Vor zehn Jahren wurde gleich am Eingang ein Mahnmal für acht in Moskau erschossene Jugendliche aufgestellt, eine Privatinitiative. Der Zeitzeuge und Freund Werner Bork berichtete, daß ihr „Verbrechen“ im Verteilen von Flugblättern bestand. Er selbst wurde nicht erwischt.

Schließlich heuerten wir als Besatzung bei „Kapitänin“ Maria Nooke auf einem Dampfer zur Fahrt entlang der ehemaligen Wassergrenze an. Ihr und der ganzen Mannschaft ihrer Behörde als Gastgeber des Kongresses gilt großer Dank für hervorragendes Gelingen. Selbst der Wettergott hat sich an ihre Vorgaben gehalten.

Sybille Krägel

## Forderungen zum 17. Juni

(gm)Anlässlich des 65. Jahrestages der Niederschlagung des Volksaufstandes 1953 hat die Gruppe für Gerechtigkeit von SED-Opfern die Parteien und Fraktionen des Deutschen Bundestages sowie die Spitzenpolitiker der Bundesrepublik aufgerufen, sich für folgende Forderungen einzusetzen:

Erhöhung der Opferrente auf 750 € und Abschaffung der Bedürftigkeit; unbürokratische Anerkennung von Gesundheitsschäden; Strafe für das Leugnen von SED-

Unrecht, das Zeigen von DDR-Symbolen und das Verherrlichen der SED-Diktatur; eine spezielle Auszeichnung für ehemalige politische Häftlinge und Opfer für Tapferkeit und Patriotismus; Strafvollzugseinrichtungen ehemaliger politischer Häftlinge als Gedenkstätten ausbauen sowie ausreichende finanzielle Mittel für Zeitzeugen und Initiativen zu deren Betreiben; Lehrpläne der Klasse 9 mit ausführlicher Behandlung der DDR-Zeit; Wiederaufnahme der Strafverfolgung sowie keine Anstellung im staatlichen Bereich von SED-Tätern. ✖

### Suchanzeige

## Aufruf

Liebe Leser, wir suchen für ein Informations- und Gedenkort-Projekt in Berlin-Köpenick, Grünaauer Str. 140, 12557 Berlin, Zeitzeugen, die den Forschern und uns erzählen können, wie Alltag und Aufenthalt im „1. Sozialistischen Frauengefängnis der DDR“ in Berlin-Köpenick organisiert waren.



Ehemaliges „1. Sozialistisches Frauengefängnis der DDR“ in Berlin Köpenick, Grünaauer Straße 140, 12557 Berlin. (Aufnahme von 2017)

Wie und wo leisteten Sie als Betroffene Zwangsarbeit für die Firmen „VEB Blütenweiß“ bzw. „VEB Rewatex“ oder noch andere Firmen? Wie wurden Sie von dem Aufsichtspersonal und den sogenannten Erzieherinnen behandelt? Wie hat man Sie entlohnt, und wurden Sie beim FDGB (VS) sozialversichert? Gab es Weiterbildungsmaßnahmen, und gewährte man Ihnen persönliche Freizeit zum Lesen und Lernen oder zum Fernsehen? Wie waren Ihre Ernährung und die medizinische Betreuung? Wie schnell kamen Sie bei schweren Unfällen oder lebensbedrohenden Erkrankungen zu einer ärztlichen Erstbehandlung und in ein Krankenhaus?

Bitte helfen Sie uns bei der Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen. Dieser Ort der Verfolgung und Ausbeutung von Frauen in der DDR wird bis heute anonym behandelt. Kein Wort vermag es, eine so tiefe Betroffenheit auszulösen wie der Anblick eines authentischen Ortes. Wir bedanken uns im voraus. Als Zeitfenster sehen wir den Umzug der Insassen des Frauengefängnisses in der Barnimstraße, Friedrichshain, in den Neubau in Köpenick im Jahr 1973 bis zum Zeitpunkt der

Wiedervereinigung im Jahr 1990.

Kontakt: Rufen Sie uns bitte an oder senden Sie eine E-Mail an Edith Fiedler, Berlin, Tel. (030) 6 73 23 69, E-Mail edith.fiedler.35@gmail.com; Dieter Gollnick, Bayern, Tel. (08631) 9 90 29 71, E-Mail gjudo@t-online.de

Gruppe für Gerechtigkeit von SED-Opfern

## Ankündigung

(st)Am 1. September 2018 wird die Arbeitsgemeinschaft Fünf-eichen das neue Kreuz der Mahn- und Gedenkstätte Fünf-eichen einweihen. Dieses „gestützte Kreuz“ ist das Wahrzeichen der Gedenkstätte im ehemaligen sowjetischen Speziallager Fünf-eichen. Die Erneuerung des Kreuzes wurde von dem Holzgestalter Uwe Grimm übernommen. Für die Realisierung hatte die Arbeitsgemeinschaft 20 000 Euro zusammengebracht, das Land Mecklenburg-Vorpommern gab 45 000 Euro dazu. ✖

## Ausstellung

(st)Unter dem Titel „Die Farben der Freiheit und Unfreiheit“ ist in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn seit dem 17. Juni 2018 eine Ausstellung des Künstlers und ehemaligen politischen Häftlings Gino Kuhn zu sehen. In Bildern und Zeichnungen, die bereits in mehreren Ausstellungen gezeigt wurden, verarbeitet Gino Kuhn seine Hafterlebnisse. „Meine Gemälde und Zeichnungen sollen ein Mahnmal sein und widerspiegeln, welchen entwürdigenden Haftbedingungen wir ausgesetzt waren.“ Mit seinen Ausstellungen möchte Gino Kuhn einen Beitrag zur Aufklärung leisten, zum gegenseitigen Respekt und zur Toleranz aufrufen, getragen von der Hoffnung, „daß so etwas allen Menschen dieser Welt erspart bleibt.“ Die Ausstellung ist noch bis zum 5. August 2018, täglich von 10 bis 17 Uhr, geöffnet: Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, An der Bundesautobahn 2, 39365 Marienborn ✖

## Lesung

(st)Am Mittwoch, dem 15. August 2018, 18.00 Uhr, liest der Autor, Psychotherapeut und Liedermacher Dr. Karl-Heinz Bomberg aus seinem neuen Buch „Heilende Wunden“.

Ort: DDR-Museum Perleberg, Feldstr. 98, 19348 Perleberg ✖



Am 7. März 2018 übergab Karl-Heinz Bomberg (l.) sein neues Buch im Brandenburger Landtag an Dieter Dombrowski, den Vizepräsidenten des Landtages.

**Leserbrief**

## Zwischen Mensch und System unterscheiden

Zum Beitrag „Die Zäsur von Trier“,  
Ausg. 4/2018, S. 10

Auch wenn man sich als Redaktion vorbehält, Meinungen und Ansichten eines Autors nicht zu teilen, sollte man doch auf Qualität und Stil von Beiträgen zum „Stacheldraht“ achten. Das scheint mir bisher immer gelungen, doch nicht beim Artikel von Anton Odenthal über die Errichtung der Marxstatue in Trier. Man mag zu Marx stehen wie man will, er bleibt einer der bedeutendsten Ökonomen und

Philosophen des 19. Jahrhunderts, der bis in unser Jahrhundert hineinwirkt, auch wenn der tschechische Alt-Präsident Václav Klaus auf einer AfD-Veranstaltung gegen die Errichtung des Marx-Denkmal ignoranterweise etwas anderes behauptet. Man sollte unterscheiden zwischen dem, was Marx gesagt und gewollt hat, und dem, was der Marxismus-Leninismus daraus gemacht und dann als Not, Leid und Verfolgung gebracht hat. Ich gehöre zu den Betroffenen, sehe aber nicht, wie ich das Marx persönlich anrechnen sollte.

Herrn Odenthal geht die Unterscheidung zwischen Marx als Mensch und Denker und den diktatorischen Systemen, die sich auf ihn berufen, ab. Statt dessen verbeißt er sich blind in sein Götzenbild von Marx und greift alle und alles an, was sich in freiheitlicher, rechtstreuer und demokratischer Weise – dem Motto des „Stacheldrahts“ entsprechend – abwägend mit dem Wirken von Marx auseinandersetzt, wobei er sogar die Pressefreiheit in Deutschland in unangemessener Weise in Zweifel zieht. Ein unwürdiger Beitrag zum Thema Marx, bei dem sich der „Stacheldraht“ besser die Freiheit genommen hätte, ihn nicht zu veröffentlichen.

A. Ebel, Köln

## Abschied

**Hermann Schlüter**

Der Gedenkstätten-Verein Potsdam und MEMORIAL Deutschland trauern um Hermann Schlüter, der vor wenigen Wochen im Alter von 88 Jahren verstorben ist. Schlüter war der wohl bekannteste Überlebende des damaligen NKWD-Gefängnisses in Potsdam, Leistikowstraße. Im April 1946 wurden er und seine drei Schulkameraden von einem sowjetischen Militärtribunal zum Tode verurteilt – kaum 16 Jahre alt. (Die Schüler hatten den neu eingeführten Russisch-Unterricht geschwänzt, außerdem wurde ihnen Zugehörigkeit zu den „Werwölfen“ angehängt.) Seine drei Mitschüler wurden an unbekanntem Ort erschossen und die Leichen an bis heute unbekanntem Ort verscharrt. Nur Hermann Schlüter wurde „begnadigt“ zu 20 Jahren Haft. Glücklicherweise wurde er aber nicht in die UdSSR verbracht, sondern überlebte in den Gefängnissen Torgau und Bautzen. Wegen miserabler Gesundheit wurde er 1950 nach Potsdam entlassen.

Nun konnte er eine Lehre als Heizungsbauer und ein Ingenieurstudium in West-Berlin abschließen, um später den Familienbetrieb zu übernehmen (der bis heute in Potsdam bekannt ist). Heirat 1960, zwei Kinder, später Enkel und Urenkel. – Erst im März 1993 wurde das Terrorurteil von 1946 durch die Russische Föderation endlich aufgehoben. Die vier Schüler wurden rehabilitiert, drei von ihnen fast 47 Jahre nach ihrem Tod.

Seit dem Fall der Mauer hat Hermann Schlüter sich aktiv für die Erhaltung, die Offenhaltung und die Sanierung des authentischen Gefängnisses in der Leisti-

kowstraße Potsdam eingesetzt. Durch öffentliche Zeitzeugen-Gespräche und Begegnungen mit Politikern des Landes Brandenburg konnte dieser Ort des stalinistischen Terrors erhalten werden. Im Jahr 2007 erklärte die damalige Ministerin Prof. Wanka, ihr Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur werde 700 000 Euro für die Sanierung des Hauses und für einen kleinen Neubau als Begegnungsort bereitstellen. Der Bund hat nun entsprechend ko-finanziert. 2009 konnte dann die behutsam sanierte Gedenkstätte endlich wieder eröffnet werden.

Nach einem erfolgreichen Berufsleben verbrachte Hermann Schlüter seinen Lebensabend in Potsdam im Kreise seiner Familie. Wir verlieren in ihm einen aufrechten Demokraten, der aus christlicher Überzeugung nicht bereit war, über die Verbrechen der stalinistischen Geheimdienste zu schweigen. Ehre seinem Andenken – und dem Gedenken an seine drei 16jährigen Schulkameraden.

Dr. Richard Buchner  
für den Vorstand des Gedenkstätten-  
Vereins Potsdam und MEMORIAL  
Deutschland e.V.

**Dieter Drewitz**

Am 10. Juni verstarb Dieter Drewitz, geborenen 1943, nach schwerer Krankheit im Alter von 74 Jahren in Berlin. In ihm verlieren wir einen Zeitzeugen, der unsentimental und zugleich sehr beeindruckend über seine Sicht auf die DDR und seine Inhaftierung im Potsdamer Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit berichtete. Das war 1966, weil er sich mit Hörerbriefen an den RIAS gewandt hatte.

Im Januar 1967 verurteilte das Bezirksgericht Potsdam den Graphikstudenten zu 18 Monaten Haft, die er in Cottbus und Spremberg verbüßte. 1961 war er schon einmal festgenommen und mißhandelt worden, weil er an der Ostsee ahnungslos aber verbotenerweise ein Gebäude fotografiert hatte. Er weigerte sich jedoch, ein Geständnis zu unterschreiben und wurde nach zwei Wochen wieder freigelassen. In der DDR nahm Dieter Drewitz jede Möglichkeit wahr, die Welt zu sehen, zu reisen. 1986 stellte er einen Ausreiseartrag und konnte 1988 die DDR endlich verlassen. „Ab da ging es mir gut“, höre ich ihn sagen.

Als er 1990 zurückkam nach Potsdam in die Otto-Nuschke-Straße, die nun wieder Lindenstraße heißt, überkamen Dieter Drewitz all die Gefühle, die er in der Haftzeit zurückgehalten hatte. Später suchte er seinen Vernehmer und führte ein langes Gespräch mit ihm. Dies alles schildert er in seinem Buch „Kennwort Alpenveilchen“, das 2011 erschien. In den Gedenkstätten Lindenstraße und Hohenschönhausen engagierte sich Dieter Drewitz über viele Jahre als Zeitzeuge bis zu seiner Erkrankung im Herbst letzten Jahres.

Dieter Drewitz hatte ein Anliegen, das ihn bis zuletzt beschäftigte: Er suchte seinen Zellenkameraden Eberhardt Thieme aus der Stadt Brandenburg/Havel. Gemeinsam saßen sie 1966/67 in Zelle 39 des Untersuchungsgefängnisses in der Potsdamer Otto-Nuschke-Straße 54/55. Sollte er oder jemand, der ihn kannte, diese Zeilen lesen, so bitten wir ihn, sich in der Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße zu melden. Wir trauern um Dieter Drewitz und werden ihn in ehrender Erinnerung behalten.

Uta Gerlant

## Vor 70 Jahren: Berliner Blockade

Über diese Zeit wurden schon manche Bücher verfaßt, doch das vorliegende basiert auf neuesten Erkenntnissen aufgrund von Unterlagen in Washington und Moskau. Die 20 Autoren der einzelnen Beiträge sind international anerkannte Experten für jene schicksalsschweren Monate aus den Vereinigten Staaten und Deutschland.

Wird der Beginn der sowjetischen Blockade offiziell mit dem 24. Juni 1948 angegeben, so fing die Isolierung der Westsektoren Berlins schon im Mai des Jahres an durch einen Befehl der Sowjetischen Militäradministration, allen Verkehr auf den Straßen und Wasserwegen nach West-Berlin zu überwachen. Ob Moskau diesen Stadtteil nur von allen Lebensadern abschneiden oder die Menschen dort verhungern lassen wollte, ist umstritten. Stalin jedenfalls sah in der Blockade ein Faustpfand, um die Gefahr eines eigenen westdeutschen Staates unter US-Einfluß zu verhindern. Sein Fehler war die Ansicht, die Deutschen würden aus Enttäuschung über die Amerikaner zu den Kommunisten überlaufen mit seiner Vision eines von ihm beherrschten Westeuropas.

Mit Beginn der Blockade wurden die 2 086 243 West-Berliner vom Hinterland getrennt und konnten nur über den US-Airport Tempelhof, den britischen in Gatow und den kleineren französischen in Tegel aus der Luft versorgt werden. Während der ersten Wochen sorgten sich die Eingeschlossenen verständlicherweise um das Durchhalten der West-Alliierten, besonders im Winter. Die DDR-Staatspartei malte deren Zukunft in schwärzesten Farben und schürte Mißtrauen und Haß gegen die Westmächte. Die West-Berliner indes bewunderten jenes logistische Meisterwerk, das alle drei Minuten ein Flugzeug landen ließ. Es entwickelte sich ein Gefühl der Dankbarkeit dafür, daß diese, die vor drei Jahren noch ihre Feinde waren, sie nun nicht im Stich ließen und zur Schutzmacht, sogar zu Freunden wurden. Die West-Alliierten wiederum bewunderten den Durchhalte-Mut, die Härte der „Trümmerfrauen“ im Westteil Berlins. Der US-Pilot Gail Halvorsen mit seiner Idee, Süßigkeiten an Taschentücher zu binden und sie als kleine Fallschirme beim Landeanflug für die Kinder abzuwerfen, ist noch heute unvergessen.

Die DDR-Bevölkerung, die ohnehin die zweite deutsche Diktatur aufkommen sah, solidarisierte sich mit den „Insulanern“,

was einer der Autoren zu Recht neben der Luftbrücke als „zweite wesentliche Kraft“ bei der Überwindung der Blockade wertet.

In den USA wurde die Bedeutung West-Berlins schnell erkannt. Symptomatisch schrieb die „New York Times“, der Streit um Berlin berühre nicht nur den Status der deutschen Nation, sondern „die gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft der gesamten Welt“. Aus der „Hauptstadt des Dritten Reiches“ war jetzt die „City of freedom“, die Insel der Demokratie im „roten Meer des Kommunismus“ geworden. Bei Meinungsumfragen unterstützten bis zu 90 Prozent der Amerikaner die Luftbrücke, 22 Prozent wollten sogar eher einen Krieg, als vom Kreml unter Druck gesetzt zu werden. Mit berechtigtem Stolz meldeten die Zeitungen in den USA und West-Berlin den steigenden Umfang der eingeflogenen Fracht; durchschnittlich waren es täglich 8000 Tonnen. Andererseits flogen die „Rosinenbomber“ Fertigprodukte der allmählich aufblühenden US-Wirtschaft in den Westen. Es waren primär Entwürfe besonders modischer Kleidung, wie auch mancher Film in der Ruinen-Stadt gedreht wurde. Bis zum Ende der Blockade im Herbst 1949 verzeichneten die West-Alliierten 277 569 Flüge nach West-Berlin. Über die Schattenseiten des allgemeinen Lebens in jener Zeit, wie etwa die auf 76 bis 100 geschätzten toten US-Soldaten und Deutsche, die verhungerten und erfroren, wurde bis heute meist geschwiegen.

Anders dachten die Medien Frankreichs. Wohl erkannten sie, daß das Schicksal der westlichen Welt von der Entschlossenheit der West-Alliierten abhing, in Berlin zu bleiben. Die Blockade indes war für sie nur ein Kräfteessen zwischen der UdSSR und den USA. Als eigentlicher Feind aber galt immer noch Deutschland.

Der US-Geheimdienst erkannte sehr bald, wie wichtig der Luftbrücke-Mythos für die Moral der West-Berliner war, welche wiederum für ihn ein wichtiges Element in seiner Strategie darstellte, den Westteil der Stadt zu halten, um den Kommunismus einzudämmen. Nach seiner Ansicht würde die dortige Bevölkerung den Sieg durch die nationale Brille bewerten, weil die Luftbrücke Berlin als künftige Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands gerettet habe. Für die Westmächte hingegen spielten fast ausschließlich die Verteidigung ihrer Territorialrechte in Berlin und der freie Zugang zu ihren Sektoren eine Rolle. Sie

intervenierte weder beim Volksaufstand 1953 noch beim Bau der Berliner Mauer 1961, weil diese nur die Deutschen trafen.

Dem Buch zufolge gab es damals sogar große Unterschiede im Denken und Fühlen der Deutschen in West-Berlin und der Deutschen westlich der SBZ. Während erstere echten Dank gegenüber den westlichen Alliierten als Retter und Partner im Kampf um die Freiheit empfanden, war für die Deutschen in den West-Zonen die Versorgung aus der Luft lediglich „ein überfälliger humanitärer Akt“ für die Menschen im Westteil Berlins, das zum Spielball der Außenpolitik aller vier Siegermächte geworden sei. Waren diese nach ihrer Auffassung doch für die Teilung Berlins verantwortlich und hatten daher auch für die Beendigung der Krise zu sorgen – an die betroffenen Menschen dachte man kaum. Nach der neueren Forschung, so erfährt der Leser, hielten sich damals westdeutsche Politiker sehr zurück, als es um die Unterstützung ihrer eingeschlossenen Landsleute ging. „Hätten nicht der amerikanische General Clay und sein britischer Kollege Robertson Druck ausgeübt, hätte so mancher West-Berlin preisgegeben.“

Stalin mußte erkennen, daß die westlichen Alliierten willens und in der Lage waren, ihre Luftbrücke für lange Zeit aufrechtzuerhalten. Offiziell wurde die Blockade im Oktober 1949 beendet, doch die Trennung Berlins blieb. Erst mit dem Sturz der Mauer am 9. November 1989 wurde es wieder eine geeinte Stadt.

Friedrich-Wilhelm Schlomann



Corine Defrance u.a.(Hg.): Die Berliner Luftbrücke. Erinnerungsort des Kalten Krieges, Christoph Links Verlag 2018, 360 S., 25,- €

## Die Normalität des Absurden

Es gibt Bücher, auch sogenannte Bestseller, die man nach dem Lesen sofort oder nach kurzer Zeit vergißt, weil sie nicht zum Nachdenken, Analysieren und Vergleichen mit Vergangenheit und Gegenwart anregen, und deshalb aus dem Gedächtnis verschwinden. Das Buch „Die Normalität des Absurden“ von Heinz Schneider ist kein Bestseller, aber es prägt sich ein und hinterläßt eine Wirkung, die anhält. Es ist ein Buch zum Nachdenken, es fesselt, und man spürt den Schmerz und das Leid des jungen Menschen, der verbogen und gegen seinen Widerstand dem Regime angepaßt werden sollte.



.....  
*Heinz Schneider: Die Normalität des Absurden, Spiegelberg Verlag 2011, 224 S., 19,90 €*  
 .....

Daß er den Mut hatte, über diese Grausamkeiten, die in der DDR Alltag waren, zu schreiben, ist schon eine heldenhafte Leistung, viele hätten diese Courage nicht gehabt. Der Autor schildert in seinem Buch, wie sich Tausende, wenn nicht Millionen von Menschen absolut normal verhielten, gehorsam und unauffällig ihrem Staat dienten, weil sie ihr eigenes Dasein absichern wollten. Aber die Regeln und Taten der Partei stimmten nicht überein, und wer der Absurdität nicht folgte, wurde gedemütigt und schikaniert.

Nur weil er, der junge Heinz, als erfolgreicher und disziplinierter Medizinstudent den Eintritt in die SED verweigerte, hatte man ihn kurz vor Ende des Studiums zwangsexmatrikuliert und wollte ihn in ein Uranbergwerk schicken. Das Arbeiten in diesem Werk war für die Gesundheit

sehr gefährlich, und so wurde ihm klar, daß er ein Opfer des Gesinnungsterrors der SED geworden war. Mit großer Mühe und eisernem Willen schaffte er es, seine „Strafe“ als Bewährung in einem pharmazeutischen Betrieb abzuleisten, „um den Weg zur Politik der Partei und Regierung zurückzufinden“. Diese Demütigung konnte ihn natürlich nicht überzeugen und der Ungerechtigkeit der Partei näherbringen, aber ein exzellentes Zeugnis dieses Betriebes ermöglichte es ihm, das Medizinstudium abzuschließen.

Als erfolgreicher Arzt und Chefarzt einer Abteilung für Diabetologie und später als angesehener Diabetologe der DDR und Wissenschaftler wurde er mit mehreren Auszeichnungen geehrt. Wenn er in dem Uranbergwerk gearbeitet hätte, wie die „Arbeiterpartei“ es gefordert hatte, wäre höchstwahrscheinlich das alles für ihn nicht zu erreichen gewesen. Er führte das Leben eines Humanisten wie aus dem Bilderbuch, trotz hoher Posten blieb er parteilos, und das war ein Grund, ihn sein ganzes Leben lang in der DDR von der Stasi bespitzeln zu lassen. Erst nach Freigabe der Stasi-Akten erfuhr er, daß die Kollegen, die der Partei treu gedient hatten, ihn auf Schritt und Tritt überwacht und immer wieder Informationen über ihn weitergegeben hatten.

Wenn man das Buch gründlich analysiert, wird klar, daß die SED-Führung vorbildlich die Vorschriften des „großen Bruders“ in Moskau befolgte, und in einigen Fällen – um zu zeigen, daß sie ein zuverlässiger Freund war – übertraf sie diese sogar. Was die Bespitzelung anbelangte, war sie Spitzenreiter. In der UdSSR wurden nur die Rußlanddeutschen, die „Faschisten“, so überwacht. Auch die Schaffung eines mittelmäßigen Menschen hatten sich die DDR-Genossen zur Aufgabe gemacht. Die grundlose Zwangsexmatrikulation des Studenten Heinz Schneider war eine Maßnahme, wie alle Diktatoren sie als Waffe benutzen, um den Willen eines anders denkenden oder besonders begabten Menschen zu brechen, um ihn dem Mittelmaß anzupassen. Das ist hier nicht gelungen, dank des starken Charakters dieses jungen Mannes, der mehrmals noch im Leben seine Stärke überzeugend bewies. Bei Schwächeren haben die menschenverachtenden Bürokraten meist Erfolg. „Die Normalität des Absurden“ enthält eine Botschaft an uns alle und heißt: Genießt die Demokratie, mit all

### Veranstaltungen

5.7. (Do), 19.00 Uhr:

**Die Verwaltung 2000.** Geheime Front in der DDR-Volksmarine und Grenzbrigade Küste, Vortrag u. Gespräch mit Ref. Dr. Ingo Pfeiffer, Militärgeschichtler, und Mod. Dr. Volker Höffer, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Societät Rostock maritim (ehemaliges Schifffahrtsmuseum), August-Bebel-Str. 1, 18055 Rostock

10.7. (Di), 18.00 Uhr:

Buchpräsentation **„Die ewige Morgenröte Teil II: Das Leben ist kein Spiel“**, mit Autor, Jurist, Schauspieler und ehemaligem politischen Bautzen-Häftling Jochen Stern; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

11.7. (Mi), 18.15 Uhr:

**Die Kommunalpartnerschaften der DDR mit dem Ausland und die Rolle des MfS**, Kolloquium, Vorträge v. Constanze Knitter, Johannes-Gutenberg-Universität u. Université de Lorraine, und Markus Pieper, Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder; Veranstaltung d. BStU; Ort: BStU, Besucherraum/Foyer, Haus 31, Erdgeschoß, Karl-Liebknecht-Str. 31/33, 10178 Berlin

12.7. (Do), 17.00 Uhr:

Vernissage **„Um-Schichtung“**. Lebensringe in drei Zeitebenen, Ausstellung des Künstlers Klaus Hopf, Einführung v. Dr. Eva-Maria Zehrer, Referatsleiterin, Sächsische Landeszentrale f. politische Bildung; Veranstaltung d. Wechselzeiten e.V. u.a.; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Ditttrichring 24, 04109 Leipzig

12.7. (Do), 21.30 Uhr:

Kino im Freihof zum Thema „Ausgrenzung“ – **„Wildes Herz“**, Dt. 2017, 90 min; Veranstaltung d. Stiftung Sächsische Gedenkstätten/Gedenkstätte Bautzen u.a.; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

14./15.7. (Sa/So),

jeweils 11.00 und 14.00 Uhr:

**Führungen** durch die Gedenkstätte Bautzen mit d. Zeitzeugen Manfred Matthies (Dauer zwei Stunden incl. Einführungsfilm); Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

17.7. (Di), 19.00 Uhr:

**„Einblick ins Geheime“**. Ein Ausstellungsrundgang; Veranstaltung



d. BStU; Ort: Stasi-Zentrale Lichtenberg, Campus für Demokratie, Haus 7, Ruschestr. 103, 10365 Berlin

24.7. (Di), 18.00 Uhr:

„**Voll der Osten. Leben in der DDR**“, Ausstellungseröffnung mit Harald Hauswald, Fotograf, und Dr. Stefan Wolle, wissenschaftlicher Leiter des DDR-Museums Berlin; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

26.7. (Do), 19.00 Uhr:

**Spiel mit dem Feuer.** Politischer Witz in der DDR und die Stasi, Vortrag u. Gespräch mit Ref. Dr. Karl-Heinz Borchardt, Literaturwissenschaftler, Uni Greifswald, u. Mod. Dr. Volker Höffer, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Haus des Gastes, Neue Strandstraße 30, 17454 Zinnowitz

1.8. (Mi), 16.00 Uhr:

„Aufgegriffen: Geschichten aus den Stasi-Akten“, Führung und Lesung; 16.00 Uhr: Führung „Unterwegs im Archiv“, 17.00 Uhr: Lesung „**Formen der inoffiziellen Zusammenarbeit: Die IM-Kategorien der Stasi**“; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera; Ort: Außenstelle Gera, Haus 3, Hermann-Drechsler Str. 1, 07548 Gera

7.8. (Di), 18.00 Uhr:

„**Lebt wohl, ihr Genossen und Geliebten!**“, Buchvorstellung mit der rumänischen Autorin Carmen Francesca Banciu; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

7.8. (Di), 19.00 Uhr:

„**Einblick ins Geheime**“. Ein Ausstellungsrundgang; Veranstaltung d. BStU; Ort: Stasi-Zentrale Lichtenberg, Campus für Demokratie, Haus 7, Ruschestr. 103, 10365 Berlin

15.8. (Mi), 18.00 Uhr:

Lesung „**Heilende Wunden**“ mit Autor Dr. Karl-Heinz Bomberg; Ort: DDR-Museum Perleberg, Feldstr. 98, 19348 Perleberg

21.8. (Di), 18.00 Uhr:

Konzert und Vortrag aus Anlaß des 50. Jahrestages der Niederschlagung des Prager Frühlings. **Erinnerung an Jan Palach**; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

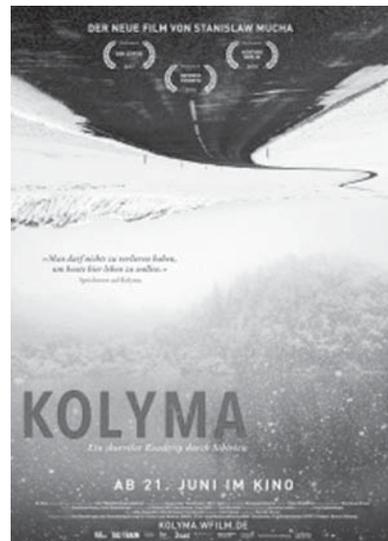
ihren Schwächen und Ärgernissen, denn die Diktatur ist ein grausames Monster, das jeden Menschen zu jeder Zeit verschlingen kann.

Das einzige, was ich in diesem Buch vermisse, sind die Namen der Täter, die jahrelang dem Regime geholfen haben, die Menschen in Angst und Unsicherheit zu versetzen. Die Täter sollte jeder namentlich kennen, um Abstand halten zu können. Viele von ihnen sind vermutlich noch heute in einigen Regionen der Bundesrepublik aktiv. Die Täter sind auch inkognito noch verantwortlich für die getöteten Menschen, die in ihrer Verzweiflung und Ausweglosigkeit an der Mauer durch Kugeln starben. Ich wünsche mir sehr, die von Dr. Heinz Schneider geschilderte Geschichte über sein Leben und die Diktatur in der DDR irgendwann in einem Film im Kino sehen zu können.

Simon Grübel

## Kolyma

(VT) Am 21. Juni startete der unabhängige Filmverleih W-film den Film „Kolyma“ in den deutschen Kinos. „Kolyma“ ist ein skurriler Roadtrip in den Fernen Osten Rußlands. Autorenfilmer Stanislaw Mucha begibt sich auf eine filmische



Odyssee und erweist sich als Grenzgänger zwischen West und Ost. In eindringlichen Bildern porträtiert er das heutige Leben in der Kolyma-Region, dem ehemaligen Zentrum des sowjetischen Straflagersystems. Sein unverwechselbarer Blick und seine Spürnase für Skurriles und Absurdes ließen einen bemerkenswerten Film entstehen. Alle Informationen zum Film sowie die Kinotermin sind zu finden unter <http://kolyma.wfilm.de/>

## Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Juli und August Geburtstag haben

Siegfried Raßbach am 1. Juli, Evelyn Trunschke-Krüger am 4. Juli, Asnath Boggasch, Werner Jahn, Michael Teltz am 5. Juli, Lotte Ohnezeit am 8. Juli, Theo Mittrup am 14. Juli, Irene Gobreit am 17. Juli, Christel Hofmann am 19. Juli, Sigrid Lorenz am 20. Juli, Chris Milcke am 21. Juli, Helmut Kuhn, Monika Munki am 24. Juli, Jürgen Kurt Wenzel am 25. Juli, Ute Görgewaterstraat am 26. Juli, Hans-Joachim Wolf am 28. Juli, Hans-Joachim Schafft am 1. August, Thomas Drobisch am 3. August, Gretel Staschek am 4. August, Ekkehard Schultz am 7. August, Olaf Burow, Jürgen Klandt, Alfred Ullmann am 8. August, Rudolf Böhm, Volker Pilz am 10. August, Wolfgang Göllnitz am 15. August, Horst Schüler am 16. August, Holger Buge am 17. August, Erika Ryssel am 25. August

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

### UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin  
Mo–Fr, 10–12 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 53  
E-Mail kegel@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung  
Mo–Fr, 14–16 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 52  
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption)  
Mo–Fr, 10–12 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 54  
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

### Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Tel. (030) 55 49 63 34  
Fax (030) 55 49 63 35  
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin  
Mi, 12–19 Uhr; Do, 14–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

## Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Uwe Behne, Ursula Brückner, Klaus Buchin, Gerold von Busse, Hannelore van Calker, Heinz Engert, Eduard Finger, Ingeborg Haudel, Horst Hauptmann, Ulf Hutengs, Horst Kerkow, Luise Lorenz, Kerstin Marfordt, Hella Meissner, Roland Müller, Dr. Jens Nielsen, Wolf-Dieter Ohme, Dieter Starke, Walter Thies, Rolf Raible, Ingeborg Reuter, Ilse de Riese-Oertel, Günter Völkel, Rudolf u. Margarete Walther, Alexander Wörner

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein  
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48  
Berliner Bank AG  
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01  
BIC: DEUT DED B110  
Verwendungszweck:  
„Stacheldraht-Spende“

### Das Zitat

Kein Abschied auf der Welt  
fällt schwerer als der Abschied  
von der Macht.

Charles Maurice de Talleyrand

### Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

### Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia  
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr  
BSV-Förderverein für Beratungen  
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Telefon (030) 55 49 63 34  
Fax (030) 55 49 63 35  
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de  
Konto: BSV-Förderverein  
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48  
Nr. 665 52 45 00  
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00  
BIC DEUT DE DB110

### Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski  
Vorstandsbeauftragter: Dr. Christian Fuchs  
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40  
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19  
Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Internet: www.uokg.de  
E-Mail: info@uokg.de  
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,  
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24  
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00  
BIC DEUTDE33

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt  
\*13017#000#0412\*

## Impressum DER STACHELDRAHT

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

**Redaktion:** Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de  
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG  Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**Herstellung:** Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 18. Juni 2018

